

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Dachelosen- und Steinzeugindustrie, in Schelentöpfereien und Glasereien, in Püger- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenfeher, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Postgebühren). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund

Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6. Fernspr.: 21 7 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postfach 65232.

Kontofonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale. Geschäftsangelegen nach Tarif durch „Werba“, Berlin SW 11.

Willkommen im Deutschen Baugewerksbund!

10 500 Dachdecker stoßen am 1. Juli 1931 zu unserem Bunde!

Das ist das organisatorisch wichtigste Ergebnis des denkwürdigen 17. Verbandstages der Dachdecker, der vom 7. bis zum 11. April in unserem Schulheim am Werlsee tagte. Sofort nach Erledigung der üblichen Formalitäten und Begrüßungsreden wurde dieses wichtige Thema in Angriff genommen. Schon dies gab der Tagung ihre symbolische Bedeutung. Der Referent zu dieser Frage war der Vorsitzende des Dachdeckerverbandes, Kollege Theodor Thoma s. Er gab zunächst einen geschichtlichen Rückblick über die Entwicklung der Dachdeckerbewegung, wobei er betonte, daß das Streben nach Schaffung einer großen Einheitsorganisation im Baugewerbe bei den Dachdeckern schon alt ist. Bereits im Jahre 1903 hufchte dieses Problem auf dem Verbandstag zu Dortmund durch die Tagesordnung, um später immer festere Formen zu gewinnen. Schon im Jahre 1908 wurde über einen Anschluß der Dachdecker an den damaligen Maurerverband eine Abstimmung vorgenommen. Leider war die Beteiligung daran nur schwach und die Abstimmung ergab eine geringe Mehrheit gegen den Anschluß. Nach diesem ersten Fehlschlag schloß jedoch der Gedanke einer großen baugewerblichen Einheitsorganisation bei den Dachdeckern nicht etwa ein. Immer wieder erschien dies Thema in mannigfacher Weise auf der Tagesordnung der Verbandstage. Spätere Urabstimmungen verliefen jedoch ebenfalls ungünstig. Das gleiche Schicksal erlitt eine Abstimmung auf den Gaufagen 1928, wo sich wiederum eine geringe Mehrheit gegen den Anschluß an den Deutschen Baugewerksbund ergab. Allerdings war diese Abstimmung nicht einwandfrei, denn die Stimme jedes Delegierten galt einheitlich für soviel Mitglieder, als er vertretet. Aber dann reifte die Anschlußfrage mit Macht. Die Gaufage vor dem 17. Verbandstag erklärten sich fast durchweg mit starker Mehrheit dafür, daß dieser Verbandstag endgültig, und zwar zugunsten des Anschlusses, entscheiden solle. Von 259 Gaufagsdelegierten entschieden sich 237 für den Anschluß. Damit war diesem Verbandstag eine klare Richtlinie vorgezeichnet. Thomas empfahl in warmer Weise den Anschluß. Die Uebertrittsbedingungen seien äußerst loyal, sie lassen nichts zu wünschen übrig. Zudem verbürgt die Satzung des Deutschen Baugewerksbundes, daß sich der Dachdeckerverband bei seinem Aufgehen im Baugewerksbund nicht etwa aufgibt, sondern nur in einem veränderten, weit gesteckten Rahmen sein Eigenleben fortsetzen wird. Unser Dachdeckerverband wechselt nur seinen Namen. Gewiß, manches historisch Liebgewordene werden wir aufgeben müssen. Aber alles dies verblaßt vor dem großen Gedanken der Schaffung einer großen einheitlichen Kampfgenossenschaft aller Bauarbeiter. Wir streben für das große Neue! Das ist weit mehr als das Festhalten an teilweise Ueberlebtem. Schon seit Jahrzehnten geht der große Zug der Kraftkonzentration durch die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Wir sind bereit, für unseren Teil dazu beizutragen. Und wenn man nun sagt: Spät kommt ihr, doch ihr kommt, so sei zu antworten: Ja, wohl, wir kommen etwas spät, aber nach gesunder Ausreifung dieser Frage und, wenn auch an Zahl klein, so doch geschlossen, überzeugt und nicht mit leeren Händen!

Es war ein Genuß, in der Aussprache die einzelnen Redner anzuhören. Einer nach dem anderen bestieg das Podium und erklärte kurz und präzise sein Einverständnis mit dem Anschluß. Die Sache sei längst beschlußreif. Nur ein Delegierter fanzte aus der Reihe, aber auch er schien dazu nicht getrieben durch innere Ueberzeugung. Er befürchte, seine Mandanten seien in der Mehrheit gegen den Anschluß, und dem müsse er sich fügen. Die Abstimmung! Unter großem

Beifall wurde der Anschluß des Dachdeckerverbandes an den Baugewerksbund mit 31 gegen eine Stimme beschlossen. Die Abstimmenden sind Mitglieder ihrer Organisation im Minimum seit 9, im Maximum seit 45 Jahren. Nur drei zählen sich zur KPD. Auch sie stimmten für den Zusammenschluß trotz des gegenteiligen Geheißes der Bolschewistenpresse. Solche Kommunisten kann man sich gefallen lassen! Dies bekundeten auch ihre Ausführungen bei anderen Gelegenheiten. Zu den „Linientreuen“ zählen sie wahrhaftig nicht...

Rund 10 500 Mitglieder des Dachdeckerverbandes mit 276 Filialen stoßen nunmehr am 1. Juli zum Deutschen Baugewerksbund. Unser Kollege Bernhard begrüßte diesen Beschluß und hieß den Dachdeckerverband als jüngstes Glied des Deutschen Baugewerksbundes herzlich willkommen. Den Dachdeckern werde es auch in der neuen Organisation an nichts mangeln. Ihre Rechte bleiben ungeschmälert. Sie werden sich wohl fühlen in der großen Kampfgenossenschaft!

Aus dem Rechenschaftsbericht des Vorstandes, der gedruckt vorlag und durch Thomas erläutert wurde, wäre zu erwähnen, daß das Kleinmeisterum und die Lehrlingszucherei im Dachdeckergerwerbe starke Giftblüten freiben. Die zur großen Mode erhobene „Flachdachseuche“ bezeichnete der Redner als ästhetische Spielerei. Mit Weltanschauung habe dies allerdings nichts zu tun, auch Deutschnationale und Kommunisten bauten heute Flach. Erfreulich war die Mitteilung, daß der erste Band der von Thomas verfaßten Geschichte des Dachdeckerverbandes einen befriedigenden Umfang erreicht hat. Nunmehr liegt der zweite Band als Abschlußband vor. Interessant, allerdings nicht gerade neu, war auch seine Ansicht, man solle in den Gewerkschaften dazu übergehen, die Arbeitslosenunterstützung erst dann zu gewähren, wenn der Unterstützungsanspruch auf staatliche Arbeitslosenunterstützung erloschen ist. Dies würde die Kampfbereitschaft der einzelnen Verbände bedeutend stärken. Unter bolschewistischen Umtrieben hatte auch der Dachdeckerverband zu leiden. In vereinzelten Fällen mußte zu Ausschüssen gegriffen werden. Zu erwähnen wäre ferner, daß das Bildungswesen auch in diesem kleinen Verbande eine pflegliche Stätte gefunden hat. Auch war das Interesse dieser Organisation an der sozialen Bauwirtschaft seit jeher groß.

Der Kassenbericht, den Kollege Jakob Die l gab, zeugte von einer gewissenhaften und sparsamen Kassenführung und zeigte einen ansehnlichen Kassenbestand. Auch der Ausschußbericht zeugte von Gewissenhaftigkeit.

Die Aussprache verlief leidenschaftslos und sachlich. Dem Vorstand wurde einstimmig das Vertrauen ausgesprochen, auch die Schreibweise der „Dachdeckerzeitung“ einstimmig gutgeheißen. Die in dieser Richtung gestellten bolschewistischen Anträge wurden einstimmig abgelehnt.

Besonders interessant war auf dieser Tagung ein Vortrag unseres Kollegen Bernhard über Wirtschaftsprüfung im Baugewerbe, den er mit gewohnter Sachkunde und klarer Ausdrucksweise hielt und dafür stürmischen Beifall erntete. In einer Sonderschrift wird das Referat ausführlich wiedergegeben werden. Am Rande sei vermerkt, daß ein Kommunist diesen Vortrag als eine Erbauungsfunde bezeichnete, in der ihm lehrreiche Aufschlüsse über die Bauwirtschaft zuteil geworden seien.

Ueber die Tarifvertragspolitik des Dachdeckerverbandes sprach der Sekretär dieser Organisation, Kollege O. A. Schmidt. Der Reichsttarifvertragsgedanke sei heute fester Bestand im Dachdeckerverband. Seit etwa zehn Jahren hat er ein solches Vertragsverhältnis.

Selbstverständlich sei jeder Reichsttarifvertrag ein Kompromiß, in seinen Einzelbestimmungen ein Produkt der gegenseitigen Machtverhältnisse. Wir haben innerhalb der zehn Jahre den Reichsttarifvertrag durch Zusatzbestimmungen und auch in seiner Auslegung verbessern können. Er ist auch für allgemeinverbindlich erklärt worden. In allen Einzelheiten schilderte der Redner die Bestimmungen des Vertrages und die Bemühungen, ihn fortgesetzt zu verbessern. Die vielfach geradezu ungeheuerliche Lehrlingszucherei und neuerdings das Flachdach haben zu der starken Arbeitslosigkeit im Dachdeckergerwerbe ganz ungemein beigetragen. Diese drei Umstände wirken sich natürlich ungünstig auf die Machtverhältnisse der Arbeiterschaft aus. Diese Umstände haben auch dazu geführt, daß sich heute die Unternehmer des Dachdeckergerwerbes in der Macht fühlen und gleich den Unternehmern in den Hauptbauberufen den großen Coup gegen die Arbeiterschaft wagen wollen. Die den Dachdeckern günstigen Bestimmungen im Reichsttarifvertrag sollen verschwinden, die Löhne bedeutend zurückgeschraubt werden. Die Verhandlungen um einen neuen Vertrag, da der alte mit dem 31. März d. J. abgelaufen ist, sind schließlich ergebnislos abgebrochen worden. In einzelnen Fällen ist es im Lande bereits zum Konflikt gekommen. Der Kampf kann hart werden, doch die Dachdecker werden ihn aufnehmen und durchzukämpfen wissen!

Auch bei diesem Punkt bewies der starke Beifall Ueberzeugungstreue und Kampfbereitschaft. In der Aussprache wurde dies in ganz unzweideutiger Weise unterstrichen. Einstimmig erklärte sich der Verbandstag mit der bisherigen Haltung der Tarifvertragskommission einverstanden. Es wurde ferner erklärt, daß der Tarifvertragskommission in der Frage der Weiterentwicklung der Tarif- und Lohnfrage keine gebundene Marschroute vorzuschreiben ist; die Kollegen des Verbandes werden ersucht, den Anweisungen des Zentralvorstandes und der Tarifvertragskommission Folge zu leisten, um eine einheitliche, aus zentralen Gesichtspunkten geführte Abwehrbewegung herbeizuführen.

Aus den weiteren Verhandlungen seien erwähnt ein Vortrag des Kollegen Spliedt vom Vorstand des DGB, über die soziale Gesetzgebung in Deutschland und des Kollegen Sachs vom DGB, über den Bauarbeiterbeschuß. Beide Vorträge fanden eine gründliche und äußerst sachkundige Erledigung. Spliedt unterstrich, daß bereits in der nächsten Zeit wieder neue Kämpfe um die Arbeitslosenversicherung in Aussicht stehen werden und daß es dann gelte, durch eine geschlossene Gewerkschaftsmacht gegen die Anschläge der Reaktion anzukämpfen. Er machte ferner darauf aufmerksam, daß auch in den übrigen sozialen Versicherungszweigen ernste Gefahr drohe. Die Reaktion sei unablässig am Werke, die Sozialrechte der Arbeiterschaft einzuengen. Kollege Sachs behandelte in seinem Vortrage in besonders ausführlicher Weise den Bauarbeiterbeschuß bei den Dachdeckern.

Dieser 17. Verbandstag der Dachdecker zeugte von einer Einmütigkeit und Geschlossenheit, die manchen anderen Gewerkschaften als Vorbild dienen kann. Wir haben die feste Ueberzeugung, daß mit der gleichen Geschlossenheit und Einmütigkeit die Dachdecker ihren Uebertritt zum Deutschen Baugewerksbund am 1. Juli dieses Jahr vollziehen werden. Als Reichsttarifgruppenobmann der Dachdecker im Deutschen Baugewerksbund wurde einstimmig Theodor Thoma s gewählt. Wir begrüßen schon heute diese kleine, aber rührige baugewerbliche Kampftruppe als unseren engsten Bundesgenossen im Kampfe um die Befreiung der Arbeit!

Seid willkommen im Deutschen Baugewerksbunde!

Unsere Abwehrkämpfe.

Wir haben bereits im vorigen „Grundstein“ berichten können, daß die Bauunternehmer unbekümmert um Treu und Glauben und die Abmachungen ihrer zentralen Leitungen in einer Anzahl Bezirke Deutschlands am 1. April zur Ausperrung der Bauarbeiter gegriffen haben, um sie hierdurch zu zwingen, die Arbeit zu reduzierten Löhnen aufzunehmen. Diesen unverschämten Übergriffen des Bauunternehmertums sind die Bauarbeiter überall energisch entgegengetreten. Wir konnten in der vorigen Woche auch noch berichten, daß etwa 5000 unserer Mitglieder bereits am 4. April im Abwehrkampf standen. Heute können wir über das Schicksal der zentralen Schiedsstelle in den einzelnen Tarifgebieten und über den Umfang unserer Abwehrkämpfe näheres sagen. Verzichtigt sei jedoch im voraus, daß uns in unserem vorigen Spitzenartikel ein Irrtum unterlaufen ist insofern, daß der Abbau des Spitzenlohnes für den Bezirk Dortmund durch die zentrale Schiedsstelle nicht einen Pfennig mehr beträgt als der Spruch der Bezirksschiedsstelle, sondern einen Pfennig weniger.

Nunmehr sei berichtet über die Abstimmungen der Unternehmerorganisationen in den einzelnen Tarifvertragsgebieten. Angenommen haben alle drei baugewerblichen Unternehmerverbände den Schiedspruch der zentralen Schiedsstelle in folgenden Tarifvertragsgebieten: Ostpreußen, Steffin, Pommern, Grenzmark, Oberschlesien, Ostmark, Groß-Berlin, Brandenburg, Hessen (Frankfurt), Mainkanal, Nordwestdeutschland (Kassel), Nordwestdeutschland (Hann.-Münden), Nordwestdeutschland (Witzenhausen), Sieg-Lahn (Siegen), Nordwestdeutschland (Hannover), Braunschweig, Unterweser-Emsgebiet (Bremen), Mecklenburg, Bayern, Westfalen-Ost (Minden und Lippe). Ein Teil der baugewerblichen Unternehmerverbände haben dem Schiedspruch der zentralen Schiedsstelle zugestimmt in den Gebieten: Sachsen-Anhalt (Magdeburg), Sachsen-Anhalt (Halle), Thüringen, Ost-Thüringen (Gera), Nordwestdeutschland (Frankenberg), Rheinland (Köln), Westdeutschland (Essen), Mittelmarkkanal, Norden (Hamburg), Baden (Mittelbaden und Oberbaden), Baden (Unterbaden und Vorderpfalz), Pfalz. Alle drei Unternehmerverbände haben den Schiedspruch der zentralen Schiedsstelle abgelehnt in den Tarifgebieten: Niederschlesien (Breslau), Niederschlesien (Grünberg), Niederschlesien (Görlitz), Niederschlesien (Glatz), Hessen (Sana), Sieg-Lahn (Wiesbaden), Rheingebiet (Kreuznach), Freistaat Sachsen (Leipzig), Freistaat Sachsen (Dresden), Freistaat Sachsen (Ortsklasse I), Württemberg.

In welcher Weise hat sich nun der Abwehrkampf seit dem 4. April weiter ausgedehnt und wo ist er inzwischen beendet worden? Am 10. April können wir folgendes feststellen: Es stehen im Abwehrkampf in den Bezirksverbänden: Breslau 80 Mitglieder, Berlin 4000, Magdeburg 1500, Erfurt 1216, Frankfurt 150, Köln 25, Dortmund 390, Hannover 102, Hamburg etwa 2000, Rostock 15, Dresden 2278 und Karlsruhe (Saarbrücken) 200. Damit können wir feststellen, daß von unseren Bundesmitgliedern rund 12 000 im Abwehrkampf stehen. Selbstverständlich ist die Gesamtzahl der ausgesperrten Bauarbeiter größer. Es sind daran auch der Zimmererverband, der Maschinenverband und der Christliche Bauarbeiterverband beteiligt. Schätzungsweise kann angenommen werden, daß insgesamt in Deutschland 16 000 Bauarbeiter im Abwehrkampf stehen.

Nach unserer Aufstellung stehen also in 8 Bezirksverbänden bisher die Parteien Gewehr bei Fuß und warten gemäß den zentralen Abmachungen die weitere Entwicklung der Dinge ab. Von den Bezirken, die im Kampfe stehen, ist zu sagen, daß dort den Unternehmern der Berliner Schiedspruch nicht genügt. Am schärfsten ist das Unternehmertum im Freistaat Sachsen vorgegangen. Wir haben darüber bereits in voriger Nummer berichtet. Für Groß-Berlin haben am 9. April Nachverhandlungen eingeleitet. Ueber den Verlauf können wir noch nicht berichten, weil an diesem Tage die Verhandlungen nicht beendet wurden und erst am 11. April fortgesetzt worden sind. Im Bezirksverband Württemberg ist die Ausperrung beendet. Die Parteien haben den Berliner Schiedspruch für die Ecklöhne anerkannt. Auch die Ortsklasseneinteilung ist bereits fertiggestellt. Ferner sind im Bezirk Schlesien außer im Grünberger Lohngebiet alle Gebiete durch Vereinbarung der Ortsklasseneinteilung bereinigt. In Bayern waren am 9. April Nachverhandlungen vor dem Schlichter, in Pommern am 10., in Westdeutschland und im Freistaat Sachsen am 11. April, im Vertraggebiet Norden am 13. April vor dem Schlichter verhandelt worden. Ueber das Resultat dieser Verhandlungen werden wir, soweit noch möglich, am Schluß dieses Artikels berichten.

Unser Bund und auch die übrigen an den zentralen Schiedsprüchen beteiligten Arbeiterorganisationen haben den Kampf gegen die wortbrüchigen Unternehmeranschläge aufgenommen. In der Tat, dieses brutale Verhalten der Bauunternehmer in vielen Bezirken Deutschlands konnte eine sanftere Behandlung nicht voraussetzen. In Zeiten besserer Konjunktur, wenn es sich um eine Neuverpflichtung der Bauarbeiterlöhne handelte, standen bisher die Parteien stets Gewehr bei Fuß, bis der Lohnstreik endgültig bereinigt war. Diesmal setzten die Unternehmer an die Stelle von Vernunft und Einsicht Machtdünkel und Gewalt. Jedenfalls haben sie sich aber durch Inszenierung dieser Teilkämpfe stark verrecknet. Sie glaubten, angesichts der ungeheuren Arbeitskrise die Bauarbeiter glatt auf die Knie zwingen zu können in der Erwartung, daß sofort genügender Ersatz für die streikenden Ausgesperrten aus den Reihen der Arbeitslosen herbeigezogen werden könne. Die Herren haben sich schwer getrr. Ihr Stoß gegen die baugewerblichen Arbeiterorganisationen war zum größten Teil ein Stoß in die leere Luft. Ein Kampf, bei dem von vornherein 77 % aller Bauarbeiter, weil arbeitslos, auscheiden, kann sich

nie und nimmer zu einem breiten Frontkampf entwickeln. Diesen Umstand hatten die Bauunternehmer nicht auf ihrer Rechnung. Es ist allerdings richtig: Diese un sinnigen Ausperrungen, die unter Wortbruch und gegen Treu und Glauben vollzogen worden sind, kosten den Arbeiterorganisationen Geld. Sie können das ertragen. Aber die Herren können schon jetzt rechnen auf eine spätere Abrechnung, bei der dann mit Zins und Zinseszins wieder hereingekehrt werden wird, was sie an Schaden bei den Arbeiterorganisationen verursacht haben. Die deutschen Bauarbeiter sind so veranlagt, sich solche böswilligen Schilddrüsenfreunde auf lange Sicht zu merken. Die Herren können sich also getrost darauf verlassen, daß in späteren Zeiten eine gründliche Abrechnung wegen ihres Verhaltens vor sich gehen wird.

Noch einige Worte über die A.O., die mit ihrem „roten Bauarbeiterverband“ in diesen Kampf eingegriffen hat. Noch in voriger Nummer konnten wir melden, daß in dem Zentralblatt der Kommunistischen Partei, der „Roten Fahne“, schon am 3. April ein wahres Streikdelirium ausgebrochen war. Schon damals faßte dieses Blatt, das immer den Generalkrieg schreie, und da es ihn nicht durchsetzen kann, wenigstens an die Wand malt, von einigen hunderttausend ausgesperrten Bauarbeitern in Berlin und im Reich. Die wirklichen Zahlen haben wir mitgeteilt. Gewiß, da und dort mögen einzelne Kolonnen Arbeitsloser und auch einige wildgewordene Anhänger der A.O. an diesen Kämpfen „beteiligt“ sein. Aber sie wandern nur so in der Reihe mit, und schon hat man bereits begonnen, in Berlin und jedenfalls auch in anderen Orten für die ausgesperrten A.O.-Mitglieder den Klingelbeutel zu schwingen. Diese Herrschaften haben zwar das große Maul, aber keinerlei Mittel, solche Kämpfe zu finanzieren. Man kann auch auf jener Seite noch immer nicht begreifen, daß sich mit leerem Magen schwere Arbeitskämpfe nicht durchführen lassen. Sie reißen ihre Mäuler bis zu den Ohren auf und nennen sich dann „führend“, für den Kenner der Dinge „führend“ ausschließlich nur im Maulaufreißen. Aber auch hier ist, wie in früheren ähnlichen Fällen, der Zweck ein ganz anderer. Es handelt sich ja für die A.O. gar nicht um Abwehrkämpfe, es handelt sich darum, Klammern zu machen, vor allem, die „reformistischen“ Gewerkschaften wegen ihres „Verrates“, „anzuprangern“ und auf diese Weise Profiteure für Moskau zu gewinnen. Und es macht immerhin jedes revolutionäre Herz vor Freude hüpfen, wenn in der „Roten Fahne“ steht, daß die Bauarbeiter „fürmen“ (selbstverständlich unter „Führung“ der A.O.) und der „Generalkrieg“ der Bauarbeiter vor der Tür steht. In Moskau lieft man nämlich dergleichen gern.

Auch die Mannen vom „Bauprolet“, der sogenannte Industrieverband für das Baugewerbe Kaiserlicher Couleur, macht sich in diesem Kampfe fürchterlich wichtig. Bei den Kaiserleuten muß ebenfalls geschwindelt werden, daß sich die Balken biegen. So erzählt der „Bauprolet“ seinen „unentwegten“ Lesern, der Reichstagsvertrag für das Baugewerbe sei „hinter den Kulissen“ zustande gekommen. Die Leute wissen anscheinend nicht, daß im Baugewerbe Bezirkskonferenzen und im Zimmererverband ein außerordentlicher Verbandstag über Annahme oder Ablehnung des neuen Reichstagsvertrages entschieden haben. Es ist also „hinter den Kulissen“ gar nichts zustande gekommen. Worüber, um im Jargon des „Bauproleten“ zu reden, „hinter den Kulissen“ verhandelt worden ist, das sind die einzelnen Bestimmungen des Reichstagsvertrages durch die an diesem Vertrag beteiligten Parteien. Man mag eine solche Verhandlung, wenn man böswillig und zugleich sehr dusselig ist, eine Verhandlung „hinter den Kulissen“ nennen, aber uns ist noch nie bekannt geworden, daß man schon über solche Dinge irgendwo auch auf offenem Markte verhandelt hat. Es ist schon immer so gewesen, daß über solche einschneidenden Verträge in einem engeren Rahmen verhandelt worden ist und daß dann die Mitglieder durch ihre Vertrauensleute über das Zustandekommene zu entscheiden haben. Aber es gilt ja, in solchen Fällen Mißtrauen und Gift zu säen. Und darin unterscheiden sich die Kaiserleute von den A.O.-Leuten in nichts.

Selbstverständlich wird auch bei den Kaiserleuten zum Sturm auf die Bastionen der baugewerblichen Unternehmer aufgerufen. In Berlin hat man auch allerlei in dieser Richtung zustande gebracht. Aber wenn man schon im „Bauproleten“ in Wort und Bild und ziemlich ungeschickt über „Bernhards Scheinkampf“ hohnepiepelt, so sollte man nicht die Backen auf jener Seite allzu voll nehmen, denn wir lesen in dem gleichen „Bauproleten“, daß man auf jener Seite beschlossen hat, den Kampf gegen die Bauunternehmer auszufechten und erst, wenn dies geschehen, der Einlabung der Roten Gewerkschaftsinternationale nach Moskau Folge zu leisten. Dies aber soll Mitte April geschehen. Folglich rechnen die Kaiserleute ganz bestimmt damit, daß bis zur Mitte April im Baugewerbe mit den Abwehrkämpfen über allen Wipfeln Ruh ist und man sich dann getrost ins Rupee setzen kann, um nach Moskau zu gondeln. Aber solche Widersprüche fallen den Leuten um Kaiser und fallen auch den Leuten der A.O. nicht besonders auf. Denen kann man schon was vorrechnen, sie halten aus. Im übrigen sind wir vollkommen davon überzeugt, daß diese Herrschaften, die das Maul fürchterlich vollnehmen und aus vollen Backen in das Feuer pfeifen, mit Schmerzen den legalen Abschluß dieser Abwehrkämpfe herbeiführen. Nach außen hin führt man selbstverständlich eine andere Sprache. Da bläst man zum Kampf, obwohl hinter solchen Splitterorganisationen weder Mittel noch Leute stehen, und man bläst immer wieder zum Kampf, bis die ganze Geschichte auch ohne das Zutun dieser Herrschaften beendet ist. Dann hieft sich ihnen wiederum eine wunderbare Gelegenheit, über die „Verräterei“ der „Ge-

werkschaftsbossen“ schimpfen zu können. Lassen wir diesen Quack-Gewerkschaftlern dies harmlose Vergnügen. Damit locken sie höchstens Dumme im Geiste an, aber keinen Hund hinterm Backofen hervor. Gegenüber dem Unternehmertum aber sei nochmals wiederholt, daß ihm bei gelegener Zeit mit Zins und Zinseszins heimgezahlt wird, was es an Wortbruch und Gewalt gegen die deutschen Bauarbeiter verbrochen hat!

In Groß-Berlin ist es am 11. April vor dem Schlichter zu einer Einigung der Parteien gekommen. Der Zentralschiedspruch wurde etwas verbessert, so daß der Abzug nur noch 7,2 % beträgt. Außerdem wurde vereinbart, daß die Bestimmungen des alten Bezirksvertrages so lange in Geltung bleiben, bis ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen ist. — Im Bezirk Mecklenburg ist durch Vereinbarung der Parteien der Berliner Spruch insofern verbessert worden, daß in der obersten Ortsklasse die Stundenlöhne um 2 %, in den übrigen Ortsklassen um 3 % erhöht wurden. Demnach beträgt der Lohnabbau im Höchstmaß 7 %. Allerdings mußte eine Verschlechterung in der Landzulage und im Wegegeld mit in Kauf genommen werden. — Für Bayern wurde der Berliner Schiedspruch als verbindlich erklärt. Ueber die sonstigen Bestimmungen des Vertrages ist ebenfalls ein Schiedspruch gefällt, über dessen Annahme oder Ablehnung die Parteien noch zu entscheiden haben. — In Westfalen wurde der Berliner Schiedspruch für verbindlich erklärt, im Rheinland und wurde über die Ortsklasseneinteilung ein Schiedspruch gefällt, der eine starke Verschiebung der Löhne mit sich bringt, wodurch diese bis zu 21 % je Stunde oder 16 % (Trier) herabgesetzt sind. Der berüchtigte Schlichter Jöfken „begründete“ seinen Fehlspruch damit, daß das Rheinland mit der Arbeitslosigkeit an der Spitze stehe. Daß sich unter solchen Umständen ein Lohnabbau für die Arbeiter doppelt verhängnisvoll auswirkt, das geht diesem Herrn natürlich nicht ein. Sein Gehalt wird ja dadurch nicht berührt. — Im Freistaat Sachsen wurden die Verhandlungen am 11. April nicht zu Ende geführt, sie sind am 15. April fortgesetzt worden. — Einem für Groß-Steftin und Pommern gefällten Schiedspruch haben die Parteien zugestimmt; der Berliner Schiedspruch über den Spitzenlohn bleibt bestehen, jedoch bewegen sich die Löhne in den einzelnen Ortsklassen von 9,9 % (Groß-Steftin) bis herab zu 7 % in den kleineren Orten. — Zum Schluß sei mitgeteilt, daß unserer Schriftleitung aus vielen Orten Nachrichten über örtliche Einzelheiten in unseren Abwehrkämpfen zugehen. Die Schriftleitung kann angesichts der Fülle dieser Nachrichten nicht jede Zuschrift ausführlich berücksichtigen, sie wird jedoch, soweit es in dieser Nummer noch nicht geschehen, im nächsten „Grundstein“ die noch eingehenden und zur Veröffentlichung geeigneten Nachrichten zusammengefaßt bringen.

Für die Bierzigstundentwoche — gegen Doppelverdiener!

Die übergroße Bedeutung der Arbeitslosigkeit für das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben wird noch sehr lange das dringlichste Problem bleiben. Die von der Reichsregierung eingesetzte besondere Kommission von Sozialpolitikern und Wissenschaftlern, die den ganzen Fragenkomplex untersuchen soll und den früheren Reichsarbeitsminister Dr. Braun zum Vorsitzenden hat, hat nun ihr erstes Gutachten erlassen. Es ist nicht vollständig, sondern hat Teilfragen zum Gegenstand und macht Vorschläge zur Lösung der Fragen der Arbeitszeitverkürzung und der Doppelverdiener. Bemerkenswert ist, daß die Kommission zu Vorschlägen kommt, die den Ansichten der Gewerkschaften entgegenkommen. Man wird dafür zu sorgen haben, daß sie recht bald in die Tat umgesetzt werden.

Der sachliche Teil des Gutachtens zerfällt in zwei Abschnitte; der erste behandelt die Verkürzung der Arbeitszeit zugunsten von Neueinstellungen, der zweite die Einschränkung un gerechtfertigten Doppelverdienens. — Hinsichtlich der Verkürzung der Arbeitszeit werden Verwaltungsmaßnahmen gefordert in allen eigenen Betrieben und Verwaltungen des Reichs (einschließlich der Reichsbahn, der Reichspost und der Reichsbank), der Länder, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der Unternehmungen, in denen eine dieser Körperschaften maßgebend beteiligt ist, nach denen lange Arbeitszeiten und Überarbeit, soweit irgendwie entbehrlich, unverzüglich beseitigt werden sollen. Die bezeichneten Körperschaften und Unternehmungen haben bei der Erteilung aller Aufträge die Lieferfristen in einer Weise zu bemessen, die keinen Anlaß zu langen Arbeitszeiten und Überarbeit geben. Die Schlichtungsbehörden haben auf die Tarifvertragsparteien behufs Verkürzung der in den Tarifverträgen vorgesehenen Arbeitszeit einzuwirken, erforderlichenfalls im Wege der Verbindlichkeitsklärung kürzerer Arbeitszeiten. — Zur Durchführung der Verkürzung der Arbeitszeit werden Grundzüge zu einem Gesetzentwurf aufgestellt, die im einzelnen folgendes beinhalten: I. Die Reichsregierung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats für einzelne Gewerbegebiete oder Berufe nach Benehmen mit den Beteiligten die gesetzliche Höchstdauer der regelmäßigen werktäglichen Arbeitszeit bis auf 40 Stunden wöchentlich herabzusetzen. Dabei ist zu prüfen, ob die Herabsetzung technisch und wirtschaftlich möglich und nach der Zahl der auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Arbeiter durchführbar ist. II. Auf Betriebe, in denen in der Regel weniger als zehn Arbeitnehmer beschäftigt werden, erstreckt sich diese Ermächtigung nicht. III. Wenn eine solche Anordnung der Reichsregierung ergeht, erlöschen die Bestimmungen der Tarifverträge, die ihr widersprechen, mit dem Ablauf eines Monats nach Verkündung der Anordnung. IV. Wenn von der Befugnis zur Überschreitung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit Gebrauch gemacht werden soll, die auf Grund der §§ 2 und 5 der Arbeitszeitverordnung vom 14. April 1927 in Tarifverträgen vorgesehen sind, so ist dazu die Zustimmung einer der im § 6 der Arbeitszeitverordnung bezeichneten Behörden erforderlich. Dies gilt sowohl da, wo sich die Dauer der Höchstarbeitszeit aus den Vorschriften der Arbeitszeitverordnung ergibt, als auch da, wo sie nach Nr. 1 herabgesetzt worden ist. V. Die in § 11

der Verordnung über die Arbeitszeit vom 16. Juli 1927 und § 12 der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien vom 23. November 1918 vorgesehene Mindeststrafe für vorsätzliche Ueberschreitung der Arbeitszeit wird auf fünfzig Reichsmark erhöht. VI. Die Absätze 2 bis 4 des § 6a der Verordnung über die Arbeitszeit vom 16. Juli 1927 werden durch folgende Vorschrift ersetzt: Als angemessene Vergütung gilt ein Viertel des auf die Mehrarbeit entfallenden Grundlohns, wenn die Beteiligten keine höhere Vergütung vereinbart haben. VII. Der Anspruch des Arbeitnehmers auf eine zusätzliche Vergütung für die Mehrarbeit wird auf die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung übertragen.

Ein Gesetz auf dieser Grundlage wäre ein wesentlicher Fortschritt gegenüber den heutigen Bestimmungen. Mit Hilfe derartiger Vorschriften könnte der Arbeitslosigkeit in etwas zu Leibe gegangen werden. Aber die Gewerkschaften stellen sich diese und jene Vorschrift doch anders vor. Jedoch sind diese Gesetzentwürfe und viele andere zur Durchführung gekommener Reformen das Ergebnis von Kompromissen. Wo auseinanderstrebende Ansichten auf eine mittlere Linie gebracht werden, entstehen naturgemäß Halbheiten und nicht allen Seiten befriedigende Ergebnisse. Aus diesen Gründen bewerten wir diese Grundzüge für einen Gesetzentwurf lediglich als einen Anfang zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit. Die Brauns-Kommission hat ferner die Einschränkung bezahlter Nebenbeschäftigung in ihren Untersuchungskreis einbezogen. Sie kommt zu dem Vorschlag, daß Behörden, Einrichtungen und Unternehmen, deren Einkünfte überwiegend aus öffentlichen Mitteln stammen, verpflichtet sind, bei ihren Beamten und Dauerangestellten die Genehmigungen auf entgeltliche Nebenbeschäftigungen unverzüglich zu widerrufen. In der Frage Pensionskürzung bei Arbeitsloswerden wurde von einer Empfehlung abgesehen. Soweit die Doppelverdienste in Betracht kommen, sollen nach einem Mehrheitsbeschluss Abfindungssummen bereitgestellt werden, um den verheirateten Beamten Anreiz zu freiwilligem Ausscheiden zu geben. Ein Minderheitsbeschluss verlangt die Kündigung der verheirateten weiblichen Beamten und Lehrer unter Gewährung einer Abfindung. Die Kommission verlangt ferner, daß die sozialen Verhältnisse bei der Belegung von Arbeitsplätzen berücksichtigt werden. Die Unternehmer sollen in Zusammenarbeit mit den Betriebsvertretungen dafür sorgen, daß bei Entlassungen und Einstellungen im Falle gleicher Eignung die sozialen Verhältnisse ausschlaggebend berücksichtigt werden. Darüber hinaus sollen die Unternehmer im Zusammenwirken mit den Betriebsvertretungen die Belegschaften daraufhin nachprüfen, ob Arbeiter oder Angestellte mit einem anderweitig gesicherten Einkommen im Betriebe vorhanden sind und ohne unbillige Härte und ohne Verletzung der Betriebsinteressen ersetzt werden können. Auch die Arbeitsämter sollen bei der Arbeitsvermittlung die sozialen Verhältnisse der Arbeitssuchenden berücksichtigen.

Das sind die ersten Vorschläge der Kommission. Wir halten sie — trotz allgemeiner Unzulänglichkeit — für wichtig genug, schnellstens berücksichtigt zu werden. Es sind gute Unterlagen, um mit Hilfe geeigneter Maßnahmen die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Es kommt nur darauf an, schnellstmöglich zu handeln. Verminderung der Arbeitslosigkeit ist das dringendste Problem der Gegenwart und wahrscheinlich auch der Zukunft. Je rascher und energischer hier gehandelt wird, je eher kommen wir wieder zu gesunden Verhältnissen.

Enquetebericht über die Bauwirtschaft.

Vor etwa fünf Jahren wurde von der Regierung eine Kommission mit dem etwas langatmigen Namen „Aussschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft“ ins Leben gerufen, die der Regierung durch Untersuchung der Veränderungen, die seit der Vorkriegszeit auf wichtigen Gebieten der Wirtschaft eingetreten waren, Unterlagen für die Wirtschaftspolitik geben sollte. Von dem Unterausschuß, der sich mit der Industrie beschäftigt, wurde auch die Bauwirtschaft herangezogen. Das Ergebnis dieser Untersuchung liegt nun vor.

Im Gegensatz zu den Untersuchungen anderer Wirtschaftszweige wurde hier nicht von der produzierenden Industrie selbst ausgegangen, sondern von ihrem wichtigsten Produkt, der Wohnung. Auf diese Weise wurde aus einem Bericht über die Bauwirtschaft ein Bericht über den Wohnungsbau. Wohnungspolitische Probleme stehen daher im Mittelpunkt, während die Fragen, die die Bauindustrie betreffen, vernachlässigt werden. Diese Verringerung des Untersuchungszwecks ist sehr zu bedauern, denn über das Wohnungswesen ist seit Jahren soviel Treffliches geschrieben worden, daß eine Untersuchung nicht nötig war; über die wirkliche Lage der Bauindustrie ist dagegen nichts bekannt, denn Geschäftsberichte und Erfolgsrechnungen bieten immer nur klägliche Anhaltspunkte. Gewiß ist es, wie im Bericht betont wird, richtig, daß im Baugewerbe eine Anzahl von Unternehmungen tätig sind, die auf den verschiedensten Gebieten arbeiten und zu einem großen Teil alle möglichen Nebenarbeiten mit verrichten, so daß es von Anfang an aussichtslos erscheinen mußte, zu einem restlos zutreffenden Gesamturteil über die Lage der Industrie zu gelangen. Dies aber hätte nicht hindern dürfen, eine entsprechende Klärung etwa für die drei oder vier Duzend größeren Unternehmungen vorzunehmen, deren Jahresumsatz über 10 Millionen hinausgeht.

Was der Ausschuß zur Wohnungspolitik sagt, könnte hier übergangen werden, wenn es nicht von dem Geiste zeugen würde, der in ihm herrscht. Auf eine kurze Formel gebracht, kann man sagen, daß sich der Ausschuß die bekannten Gedankengänge und Begründungen der bürgerlichen Rechten zu eigen macht. Die Existenz eines objektiven Wohnungsbedarfs wird glattweg geleugnet, die Aufhebung des Systems der Zuschußgewährung aus Hauszinssteuermitteln befürwortet und die Rückkehr zur freien Wohnungswirtschaft verlangt. Freilich unterlaufen dabei so schwerwiegende, falsche Schlussfolgerungen, daß diese Stellungnahme praktisch in ihr Gegenteil verkehrt wird. Der Ausschuß kann — offensichtlich zu seinem Leidwesen — nicht umhin zuzugeben, daß eine Wohnungsnot besteht und daß diese bei der herrschenden Zinshöhe ohne öffentliche Zuschüsse nicht beseitigt werden kann; ein System, das nach seinem Vorschlag die gegenwärtige Praxis ersetzen soll, läuft — immer unter Vorpiegelung der Absicht, die öffentlichen Subventionen abzubauen zu wollen — auf einen Anreiz der Unternehmungslust durch Gewährung der sicheren Aus-

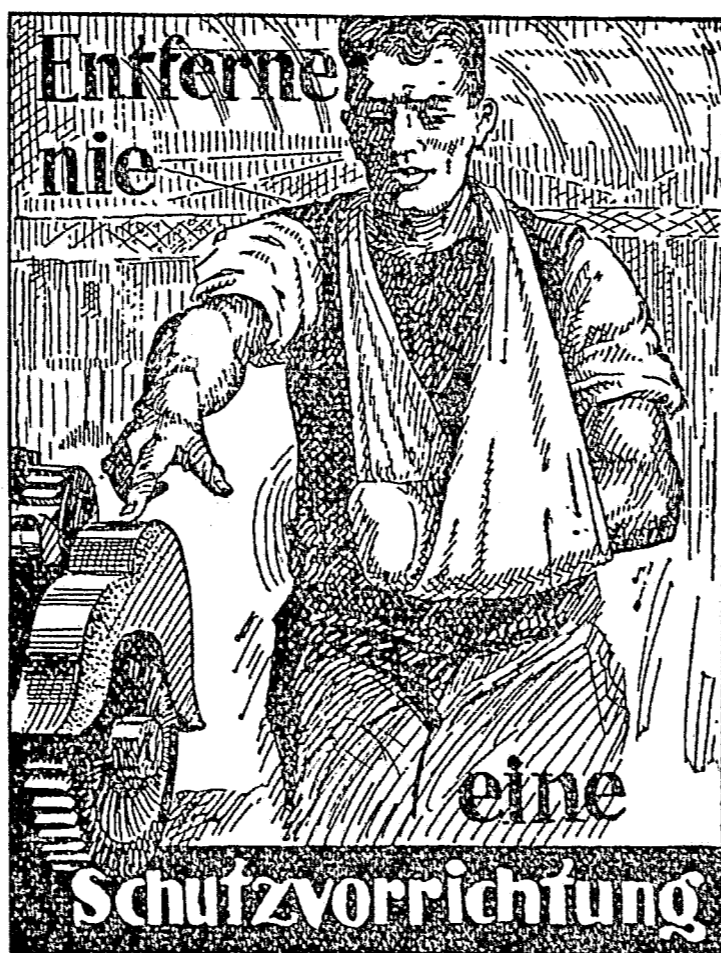
sicht, das Eigenkapital im Laufe von zehn Jahren vervielfacht zu sehen (!) hinaus. Es bedarf keiner Betonung, daß die dem Ausschuß angehörenden Gewerkschafter dieses Projekt ebenso ablehnten wie die Einstellung des Ausschusses zur Wohnungsfrage. Der Präsident des Deutschen Städtetags hat hierzu gleichfalls ein Sondergutachten abgegeben, das sich mit dem unserer Freunde nahezu völlig deckt.

Wenn die Ausschlußmehrheit nicht einmal zu einer Frage, die sich auf objektiv unanzweifelbare Tatsachen stützt, in einer Weise Stellung zu nehmen vermochte, die der Wirklichkeit einigermaßen gerecht wird, kann es nicht weiter verwundern, daß sie in Fragen, die weniger geklärt sind, zu noch falscheren Vorstellungen kommt. Dies gilt insbesondere für alles, was mit den Baukosten zusammenhängt. Der Ausschuß vertraut blindlings dem Baukostenindex, obgleich ihm doch bekannt sein sollte, daß an der Reform dieser Mehrziffer bereits seit langem gearbeitet wird. Von dieser höchst ansehbaren und vom Statistischen Reichsamte selbst nicht mehr für hinreichend beweiskräftig gehaltenen Größe ausgehend, erklärt er, die Baukosten seien überkueert, und die Schuld hieran tragen die Löhne. Um dies zu beweisen, werden Behauptungen aufgestellt, die längst widerlegt sind. Hauptbeweisstück ist natürlich die amtliche Lohnstatistik, eine Unterlage, von der das gleiche gilt wie vom Baukostenindex: Auch sie, deren Unglaubwürdigkeit wir seit langem immer wieder beweisen, wird vom Statistischen Reichsamte nicht mehr für glaubwürdig gehalten und deshalb einer Reform unterzogen. Anderes Material, das über die Einkommensbildung und die Einkommenshöhe wirklich verlässliche Unterlagen abgibt, wie die amtlichen Lohnhebungen und die Berufsgenossenschaftsstatistik, wird dagegen einfach übergangen. Es ist der reine Hohn, wenn der Ausschuß erklärt, daß über die Arbeitsverdienste der Belegschaften nur spärliche Unterlagen vorhanden sind und diese nicht von der wünschenswerten Zuverlässigkeit seien. Oder sollte der Ausschuß etwa übersehen haben, daß das Statistische Reichsamte Lohnhebungen, die auch das Baugewerbe betrafen, vorgenommen hat? Fast scheint es so, denn das lange Gerede über Baukosten und Baukostenindex läuft schließlich nur auf die Forderung hinaus: die Bauarbeiterlöhne müssen abgebaut werden. Was der Ausschuß hierzu sagt ist wert, wörtlich abgedruckt zu werden: „Aus den Ausführungen der Sachverständigen entstand der Eindruck, daß nach einer Befestigung der öffentlichen Zuschüsse starke Kostenermäßigungen im Wohnungsbau erfolgen müssen, und zwar Ermäßigung der Materialpreise wie der Arbeitslöhne, wobei das Ausmaß im einzelnen heute kaum angegeben werden kann. Diese Auffassung steht allerdings unter der Voraussetzung, daß der Senkung der Bauarbeiterlöhne nicht aus politischen Zusammenhängen Hemmungen entgegen.“ — Um dies richtig würdigen zu können, muß man sich vor Augen halten, daß der Ausschuß es bisher vermieden hat, überhaupt Forderungen aufzustellen. Wenn er eine solche Forderung also ausspricht, muß in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, daß die Bauarbeiterlöhne tatsächlich zu hoch seien und gewissermaßen im öffentlichen Interesse einen Abbau verlangen! Man darf aber auch nicht außer acht lassen, in welchem Augenblick der Bericht an die Öffentlichkeit gekommen ist: Wenige Tage vor Beginn der Lohnverhandlungen! Soll man unter diesen Umständen noch ernstlich annehmen dürfen, es handele sich hier um ehrlich erarbeitete Überzeugung?

Wie bequem es sich der Ausschuß gemacht hat, sieht man auch daraus, wie er sich die Arbeitslosigkeit vorstellt. Er behauptet, daß die in der übrigen Wirtschaft Erwerbssfähigen zum Teil ein nicht weniger ungesichertes Einkommen befügen als die Bauarbeiter. Wie derartige Behauptungen aufgestellt werden können, ist unerfindlich. Bisher

Entferne nie eine Schutzvorrichtung!

Wenn heute an Maschinen jeder Art alle sich drehenden und bewegenden Teile, Zahnräder, Schwungräder, Schnecken usw. so geschützt und umwehrt sind, daß niemand



Unfallverhütungsbild G. m. b. H., Berlin W9, beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften.

durch Berührung mit ihnen zu Schaden kommen kann, so ist das das Ergebnis einer langen Entwicklung auf dem Gebiete der Unfallverhütung. Wer eine Schutzvorrichtung entfernt oder unwirksam macht, der macht mit einem Handgriff jahrelange Bemühungen zunichte.

Ordnungsmäßige Benutzung der an den Maschinen angebrachten Schutzvorrichtungen ist die Voraussetzung für die Wirksamkeit der Unfallverhütungsmassnahmen. Wenn du siehst, daß ein Mitarbeiter eine Schutzvorrichtung entfernt hat, so mache ihn in ruhiger Weise auf die drohende Gefahr aufmerksam, deren er sich vielleicht gar nicht bewußt ist. Ein gutes Wort findet einen guten Ort!

hat noch niemand zu behaupten gewagt, daß die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe diejenige aller anderen Berufe nicht übersteige, eine Tatsache, die von der Arbeitslosigkeitsstatistik und von der Statistik der Reichsanstalt ja auch hinreichend bewiesen wird. Man muß schon sagen, daß der Mut, der zur Aufstellung einer solchen Behauptung gehört, bewundernswert ist.

Im Zusammenhang mit den Baukosten hätte auch die Arbeitsleistung eine eingehende Würdigung verdient, und zwar um so mehr, als die Sachverständigen aus den verschiedensten Lagern hierzu Bekundungen gemacht haben. Daß der Ausschuß auf die Bearbeitung derartiger Auslassungen im Bericht verzichtet hat, ist wiederum nur aus seiner Einstellung zur Lohnfrage erklärlich. Die Sachverständigen sind sich nämlich ausnahmslos darüber einig, daß die Leistungen im Vergleich zur Vorkriegszeit gut sind, zum Teil sogar eine ganz beträchtliche Steigerung aufzuweisen haben. Begründet wird diese Leistungssteigerung auf sehr verschiedene Weise; aber das ist in diesem Zusammenhange gleichgültig. Die Tatsache, daß Leistungssteigerungen überhaupt vorliegen, hätte genügen müssen, um bei Besprechung der Baukostenbewegung als ausgleichendes Moment wenigstens erwähnt zu werden.

Bei aller Voreingenommenheit und Politifizierung ist es nur ein schwacher Trost, daß der Ausschuß selbst betont, der Bericht sei nur ein „Lorso“. Wenn er selbst zu dieser Überzeugung kam, hätte er besser getan, in Verfolgung des Rates seiner gewerkschaftlichen Mitglieder die Veröffentlichung ganz zu unterlassen. Die öffentliche Meinung wird heute mit Halbheiten ohnehin so überschwemmt, daß es nur gut sein kann, wenn amtliche Stellen sich Zurückhaltung auferlegen. Erfreulicherweise wird der Eindruck durch die einleitenden Feststellungen des Berichts und durch die Tatsache, daß die gewerkschaftlichen Mitglieder ein Sondergutachten abgaben und auch einige Mehrheitsmitglieder dem Bericht nur unter Vorbehalt zustimmten, entwertet.

Vom Schlachtfeld der Betriebsrätewahlen.

Selten wurden die Betriebsrätewahlen mit solcher Hartnäckigkeit geführt als in diesem Jahr. Zelte sich doch diesmal die Zerspaltung der Arbeiterschaft im hellsten Licht. Neben den verschiedenen Gewerkschaftsgruppen: freie, christliche und Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften traten die Gegner der modernen Gewerkschaftsbewegung mit einer Schärfe auf, wie dies noch niemals der Fall war. Die RGO-Leute bildeten den Stoßtrupp der Kommunisten. Sie versuchten in sehr vielen Industrien selbst mit den schmutzigsten Mitteln Profeyten zu machen. Daneben wurden aber auch andere, früher unbekannte Listen eingereicht. Die Nationalsozialisten waren in diesem Jahre zum ersten Male bei den Betriebsrätewahlen zu finden. Sie haben zwar keine großen Eroberungen gemacht, aber die Tatsache, daß sie überhaupt Stimmen bekamen, beweist, wie fräurig es um die Einsicht der Arbeiterschaft bestellt ist. Die sogenannten Wirtschaftsfriedlichen (Gelben) erschienen in der Groß-Industrie unter den verschiedenartigsten Bezeichnungen. Es ist bedauerlich, daß diese Elemente teilweise Fortschritte, so beispielsweise im Ruhrbergbau, erzielten. Neben dieser Vielzahl von Listen gab es hier und da auch eine Liste unorganisiertester Arbeiter. Diese interesselosen Elemente, die nie zu Opfern bereit sind und nie dazu beigetragen haben, daß die Arbeiterschaft einen größeren Anteil am Produktionsertrag erhält, nützen jetzt die Betriebsrätewahlen aus, um sich in den Vordergrund zu schieben. Das Betriebsrätegesetz war der gesetzliche Niederschlag eines langwierigen, hartnäckig geführten Kampfes der organisierten Arbeiter um das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben. Von den Elementen, die sich jetzt mit eigenen Listen an den Betriebsrätewahlen beteiligen, haben nur wenige dazu beigetragen, daß ein Betriebsrätegesetz überhaupt entstehen konnte. Nunmehr treten sie auf den Plan, um die Stoßkraft der Arbeiterbewegung zu schwächen und es sinnenfällig aller Welt kundzutun, daß die Arbeiterschaft der Tummelplatz von Geschäftemachern aller Richtungen geworden ist. Wenn, wie im ober-schlesischen Bergbau, 9 Listen bei den Betriebsrätewahlen eingereicht werden, so kann man sich einen Begriff machen, wie weit die Zerspaltung bereits gediehen ist. Ueberblickt man das Ergebnis der Wahlen, so kommt man zu der Überzeugung, daß die freien Gewerkschaften sich gut gehalten haben. Hier und da ist es zu Stimmenverlusten gekommen. Dem stehen an anderer Stelle Fortschritte in der Stimmen- und Mandatsziffer gegenüber. Wenn man berücksichtigt, daß die freigewerkschaftlichen Betriebsräte die Zielscheibe der schmutzigsten Angriffe bildeten, so kann man sagen, daß die Gewerkschaften bei den Betriebsrätewahlen gut abgeschnitten haben. Sie sind und bleiben der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht. Wir wollen nur wünschen, daß die verirrten Schafe sich um diesen Kern zielbewußter Interessenvertretung innerhalb des Betriebes bald wieder gruppieren.

Die Arbeitsteilung im Baugewerbe.

Die moderne industrielle Entwicklung hat Arbeitsteilung in größtem Ausmaß möglich gemacht. Auch im Baugewerbe ist diese Arbeitsteilung weitgehend durchgeführt. Früher konnte man nur wenige Berufsarten im Baugewerbe: Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Stukkateure und Bauhilfsarbeiter. Das ist jetzt anders geworden. Am besten kann man die verschiedenen Abweichungen in den Berufsgruppen bei den Arbeitsnachweisen studieren. Der größte Arbeitsnachweis ganz Deutschlands dürfte das Arbeitsamt Berlin-Mitte sein. Die Fachabteilung für das Baugewerbe vermittelt 60 verschiedene Berufe. Es gibt Maurer für Neubau, Rohbau und Ausbau, für Scharwerk und Umbau. Ferner Maurer für Verblender, Feuerungsmaurer, Backofenmaurer, Schornsteinmaurer, Kanalmaurer, Puffer für Fassaden und für Innen, Fliesenleger, Kunststeinverleger, Schleifer usw. Die Gruppe Zementbau kennt Zementfacharbeiter, Möbeler, Flechter, Einschaler, Eisenbieger usw. Die Gruppe Isolierer umfaßt drei verschiedene Beschäftigungsarten. Zimmerer werden verlangt für Neubau, für Treppenebau und für Scharwerk. Die Gruppe Dachdecker kennt Ziegeldächer, Schieferdächer und Hilfsarbeiter. Bei den Töpfern gibt es Ofenseher, Töpfer für Formen und Töpferträger. Die Gruppe Brunnenbauer unterscheidet Brunnenbauer, Bohrmeister und Brunnenbauhilfer. Als angelernte Berufe gelten Rohrer, Staker, Schütfer, Terrazzoleger und -hilfer u. a. Fünf verschiedene Bauhilfsarbeiter werden im Berufsgruppenverzeichnis des Arbeitsamts Berlin-Mitte aufgeführt. Tiefbauarbeiter gibt es zehn verschiedene Sorten. Wir finden dort: Einsteifer, Rohrleger, Muffenmacher,

Verfrücker, Verkoffer, Vergleiser, Kleber usw. Die Fachabteilung für das Stuck- und Gipsbaugewerbe kennt drei große Berufsgruppen: Stukkateure, Bildhauer und Kabinenarbeiter. Auch hier sind verschiedene Unterteilungen gemacht. So gibt es in der Kabinenbranche: Weißputzer, Einschaltputzer, Spanner usw. — 73 verschiedene Berufsgruppen im Baugewerbe ohne die Baunebengewerbe, wie Maler, Klempner usw. zeigen, wie weit die Arbeitsteilung im Baugewerbe vorgeschritten ist. Der Einzug der Maschine hat die Arbeitsteilung sehr gefördert. Wir sind überzeugt, daß ein Bauarbeiter, der um die Wende des Jahrhunderts lebte, plötzlich wieder zur Erde zurückgekehrt, nach diesem oder jenem Spezialberuf im Baugewerbe gefragt, durchaus nicht in der Lage wäre, eine stichhaltige Auskunft zu geben. So haben sich die Zeiten geändert! Daß wir hier an einem gewissen Abschluß der Arbeitsteilung stehen, steht durchaus noch nicht fest. Es ist im Gegenteil zu befürchten, daß die Spezialisierung noch weiter fortschreitet. Es sei denn, daß die schwere Wirtschaftskrise im Baugewerbe, die noch lange anhalten wird, etwas hemmend wirkt.

Die „Gesundheitsepidemie“.

Nach einer Aeußerung, die vor einiger Zeit in einem Hamburger Verzeblatt erschien, haben wir gegenwärtig eine Gesundheitsepidemie, die die Sprechzimmer der Aerzte und die Gänge der Krankenhäuser leert. Nun ist bekannt, daß Zeiten guten und schlechten Gesundheitszustandes einander ablösen, ohne daß es bis jetzt möglich gewesen wäre, zu ergründen, wovon das eigentlich kommt. Oberflächlich betrachtet scheint es in der Tat so, als ob augenblicklich der Gesundheitszustand der Arbeiterschaft so gut ist, wie selten in den letzten Jahren. Nach den Feststellungen des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen sind in der gesamten deutschen Krankenversicherung im Jahre 1930 an jedem Kalendertage durchschnittlich 200 000 Arbeitsunfähige weniger gezählt worden als im Jahre 1929. Nimmt man an, daß der durchschnittliche Krankengeldsatz je Tag 2 M beträgt, so würde das bedeuten, daß in der gesamten Krankenversicherung im Jahre 1930 mindestens 144 Millionen Mark weniger an Krankengeld ausgegeben wurden als im Jahre 1929. Die nächstliegende Erklärung für diese Tatsache wäre die, daß wir es hier mit einer Auswirkung der durch die Notverordnung vom 26. Juli 1930 eingeführten Krankenschuldgebühr zu tun haben. Sicherlich trägt diese Gebühr in vielen Fällen dazu bei, eine Krankmeldung zu verhindern, weil der Versicherte nicht in der Lage ist, die Gebühr aufzubringen. Aber die Statistiken des Hauptverbandes zeigen uns, daß schon vor der Notverordnung der Krankenstand niedriger war als im Jahre 1929 und 1928. Die Notverordnung kann also diese Bewegung nicht hervorgerufen sondern höchstens verstärkt haben.

Trotzdem kann man nicht davon sprechen, daß sich im Jahre 1930 etwa der Gesundheitszustand gegenüber den Vorjahren gebessert hätte. Das beweist die Tatsache, daß sich die Kosten für ärztliche Behandlung und für Arznei bei den meisten Kassen kaum vermindert, ja bei einer Reihe von Krankenkassen sich sogar vermehrt haben. Wir haben — nach diesen Tatsachen zu urteilen — also nicht weniger Kranke als in den Vorjahren, nur melden sich die Kranken nicht mehr arbeitsunfähig. Die Erklärung hierfür ist nicht schwer zu finden; sie liegt begründet in der katastrophalen Lage des Arbeitsmarktes. Der Arbeiter oder Angestellte, der heute noch Arbeit hat, wird sich, selbst wenn es an sich dringend notwendig wäre, hüten sich, arbeitsunfähig krank zu melden. Wenn Entlassungen auf der Tagesordnung stehen, dann wird der Unternehmer zunächst die Arbeitskräfte abstoßen, die nicht mehr vollwertig sind. Dazu rechnen auch ungerichtet Kranke. Aber auch dann, selbst auf die Gefahr einer Verschlimmerung seines Zustandes hin, zieht es der Arbeiter vor, möglichst lange seine Tätigkeit auszuüben. Ueberdies ist der Unterschied zwischen Arbeitslohn und Krankengeld sehr hoch. Das sind die wahren Ursachen der Gesundheitsepidemie. Zu irgendwelcher Freude über niedrige Krankheitsziffern besteht unter diesen Umständen keine Veranlassung.

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gesperrt sind: das Abbruchgeschäft von August Erich, Bauhalle Dynamikfabrik bei Geesthacht, Baugewerkschaft Hamburg, wegen Lohnabzug; die Firma Wenzel Schwalb in Emden wegen Tarifbruch; für Deckenröhre die Firma Paul Vanick

in Hannover wegen Nichtanerkennung des Tariflohnes; wegen Nichtzahlung des Tariflohns die Regiearbeiten der Mineralöl- und Asphaltwerke in Ostermoor bei Brunsbüttelkoog (Baugewerkschaft Iphoe). — Im Abwehrkampf stehen vielerorts die Kollegen im Freistaat Sachsen, in Sachsen-Anhalt, in Thüringen, in Westfalen und in Hamburg und Saarbrücken. Auch in einigen anderen Bezirken liegen örtliche Abwehrkämpfe vor.

Fliesenleger: In Nürnberg sind die Fliesenleger wegen Lohnhöhen ausgedrängt.

Jolierer: Gesperrt ist die Jolierfirma Ritter, Kiel, Hafensstraße, wegen Zahlung untertariflicher Löhne.

Töpfer: Gesperrt sind: In Halle/S. Wilhelm Stahl, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Zeitz die Ofengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Hörnick, und Emil Böhme, in Schwerin in Mecklenburg die Firma Brodmann, Ofenfabrik und Sehggeschäft.

Die Lüge im Lohnkampf.

Es ist bekannt, daß zu keiner Zeit mehr gelogen wird als zu Kriegszeiten. Ähnlich ist es auch zu Zeiten von Lohnkämpfen. Davon liefert unter anderem einen Beweis ein Schreiben des Bezirksarbeiterverbandes für das Baugewerbe im Freistaat Sachsen, vom bekannten Syndikus Berger unterzeichnet. Herr Berger teilt den Arbeitsämtern mit, daß die Unternehmer „aus formalrechtlichen Gründen gezwungen gewesen seien, sämtliche Bauarbeiter zum 31. März zu entlassen, um zu vermeiden, daß der festgesetzte Lohn auf Grund der Nachwirkung des Tarifvertrages weitergezahlt werden mußte“. Die Entlassung geschah, wie er sich so nett und offen ausdrückt, lediglich zur Herbeiführung eines „wirtschaftlichen Erfolges“. Trotzdem wären die Unternehmer gnädig genug gewesen, wenn sie ihren wirtschaftlichen Erfolg in der Tasche gehabt hätten, den Arbeitern die sofortige Wiedereinstellung für den 1. April zu den Lohnsätzen des sächsischen Schiedsspruches anzubieten. Die Bauarbeiter haben einmütig dieses Anerbieten abgelehnt. Das weiß auch Herr Berger. Trotzdem hat er die Stirn, in einem Schreiben an die Arbeitsämter zu behaupten, der weitaus überwiegende Teil der betroffenen Arbeiter hätte die Arbeit zu den neuen Lohnbedingungen aufgenommen. Ganz wohl scheint ihm aber dabei nicht gewesen zu sein. Um die Arbeitsämter zur Umgehung gesetzlicher Bestimmungen zu verleiten, d. h. ohne Hinweis auf den Streik Arbeiter zu vermitteln, schreibt Herr Berger weiter, es wird erklärt, daß, wenn durch Tarif vom 1. April an andere Löhne festgesetzt werden, die Differenz nachträglich auszugleichen wird. Mit diesem Speck glaubte Herr Berger Mäuse zu fangen. Aber es wird ihm nicht gelingen. Besser wäre gewesen, Herr Berger hätte darauf hingewirkt, wie es bisher Usus war, daß bei Fehlen neuer tarifvertraglicher Vereinbarungen die bisher geltenden Löhne weitergezahlt worden wären. Aber das liegt nun einmal nicht in der Richtung des von Herrn Berger angestrebten „wirtschaftlichen Erfolges“. Dem jetzt über die Stränge schlagenden Herrn Berger wird auch noch Mores gelehrt werden.

Reichstarifvertragsverhandlungen und Lohnfestsetzung für Feuerungs- und Schornsteinmaler.

Der „Deutsche Verband für Feuerungstechnik e. V.“ ist eine Untergruppe des „Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe“. Es war daher damit zu rechnen, daß die Abbauforderungen beim Neuabschluß eines Reichstarifvertrages den Unternehmerforderungen zum Reichstarifvertrag für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten entsprechen würden. Aber der Verband der Feuerungstechnik ging noch weit darüber hinaus. Er forderte die restlose Beseitigung jeder sozialen Bestimmung. Daß auch die Löhne zum Teil um mehr als 50 % gekürzt und die Zeit- und Erschwerenzulagen auf ein Minimum herabgedrückt werden sollten, ist bei den Unternehmern selbstverständlich. Geradezu ungeheuerlich waren die Forderungen zum § 8, der die Fahrtenentschädigung und Auslösung regelt. Daß sich unter solchen Umständen die Verhandlungen äußerst schwierig gestalten mußten, war vorauszusehen. Nach dreitägigen Verhandlungen gelang es aber doch, sich über einen neuen Reichstarifvertrag zu einigen. Er weist natürlich gegenüber dem alten Verträge einige Verschlechterungen auf. Die markantesten Verschlechterungen liegen insbesondere im § 6 Ziffer 2a, der die Errechnung des Grundlohnes regelt. Bisher waren

es 10 Städte, die der Errechnung zugrunde lagen. Die Unternehmer hatten 34 Städte gefordert, man einigte sich schließlich auf 18. Hamburg und Berlin bilden wie bisher besondere Lohngebiete, wo der Maurergrundlohn der Grundlohn sein soll. Die prozentualen Zuschläge für die Errechnung der Facharbeiterlöhne sind bis auf die für die Helfer die gleichen geblieben. Für Schlesien ist ein Sondergrundlohn für Gasanstalts- und Kokssofenmaler geschaffen worden. Die prozentualen Zeit- und Erschwerenzulagen bleiben unverändert. Im § 8 ist die Fahrtenentschädigung abgeändert worden. Bisher wurde als Fahrtenentschädigung $\frac{1}{2}$ des Reichsgrundlohnes für den Kilometer gezahlt. Künftig müssen neben dem Fahrlohn für die ersten 300 Fahrkilometer 5 % und für jeden weiteren Fahrkilometer 3 % gezahlt werden. Eine Verschlechterung ist auch in der Auslösung eingetreten. Es erhalten Verheiratete statt wie bisher 4,50 M künftig 4 M täglich. Die Auslösung für Ledige ist von 4 M auf 2,50 M herabgesetzt worden. Im Gegensatz hierzu sollen Ledige, die wie Verheiratete gesetzliche Verpflichtungen haben, die Auslösung für Verheiratete bekommen. Bei genauer Gegenüberstellung der einzelnen Bestimmungen des alten mit denen des neuen Reichstarifvertrages wird man auch einige kleine Verbesserungen feststellen; insbesondere solche, die eine sichere Durchführung des Vertrages ermöglichen sollen. So ist beispielsweise der Geltungsbereich erweitert, die unglückliche Fassung des § 8 Ziffer 6 und einiges andere beseitigt worden. Doch das war bei der Entscheidung der Tarifkommission über Annahme oder Ablehnung des Gesamtvertrages nicht das Ausschlaggebende. Lediglich die schon auf dem Verbandstage im September 1930 in Werlsee zum Ausdruck gebrachten Gründe und die ungeheure schlechte Wirtschaftslage waren ausschlaggebend für die Annahme des Vertrages. — Beim Abschluß der Verhandlungen wurde noch vereinbart, daß die zurzeit geltenden Löhne solange weitergezahlt werden, bis die neuen Löhne festgesetzt sind. Das ist inzwischen geschehen, indem am 9. April eine vorläufige Lohnfestsetzung vereinbart wurde, bei der die durch die zentralen Schiedssprüche im Hauptbaugewerbe festgesetzten Löhne für die vorgesehene 18 Städte zugrunde gelegt wurden. Dementsprechend wurden die Löhne vorläufig wie folgt festgesetzt: Mit Ausnahme von Berlin und Hamburg beträgt der Reichsgrundlohn 117,05 %, für Berlin beträgt er 143 % und für Hamburg 144 %. Dementsprechend erhalten vom 9. April 1931 an bis auf weiteres Stundenlöhne in Pfennige:

	Deutschland ohne Berlin u. Hamburg	Berlin	Hamburg
Feuerungsmaler	129	158	159
Feuerungshelfer	111	135	136
Schornsteinmaler	118	143	144
Schornsteinmaler I	147	179	180
Schornsteinmaler II	141	172	173
Schornsteinmaler III	129	158	159
Schornsteinmaler IV	118	143	144
Koks- und Gasanstaltsmaler	123	151	152
Koks- und Gasanstaltsmaler für Schlesien	118	—	—
Feuerungsbaue (Mindestlohn)	142	174	175
Schornsteinbaue (Mindestlohn)	162	197	198

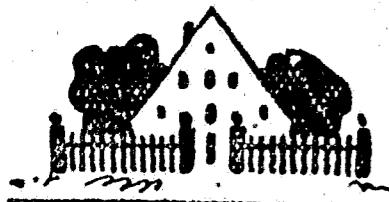
Die Fahrtenentschädigung beträgt allgemein entsprechend § 8 Ziffer 7 des Vertrages: Erstattung des Eisenbahnfahrpreises und ein Kilometergeld von 5 % für die ersten 300 Fahrkilometer und 3 % für jeden weiteren Fahrkilometer. Zu beachten ist der § 6 Ziffer 7, der folgenden Wortlaut hat: „Die Spannung an den einzelnen Bauorten zwischen Hochbaumalerlohn einschließlich Gehirrgeld einerseits und Facharbeiterlohn andererseits soll derartig sein, daß der Feuerungsmaler sowie der Gasanstalts- und Kokssofenmaler stets 5 %, der Schornsteinmaler stets 10 % über den Hochbaumalerlohn erhält; für Helfer gelten in jedem Fall die in Ziffer 4 festgelegten Spannungen. Gehirrgeld und Wegegeld sind dadurch abgegolten.“ — Wie uns mitgeteilt worden ist, versuchen Unternehmer die Höhe der Löhne selbst festzusetzen. So hat eine größere Firma des Verbandes für Feuerungstechnik im rheinisch-westfälischen Industriegebiet durch Rundschreiben bekanntgegeben, daß die Stundenlöhne für Feuerungsmaler vom 1. April an 110 % betragen. Wir erwarten von unseren Mitgliedern, daß sie sich dagegen wehren, indem sie den zwischen den Vertragsparteien festgelegten Stundenlohn fordern! Weigert sich die betreffende Firma, den vereinbarten Stundenlohn zu zahlen, dann muß Einspruch beim Tarifschiedsgericht, das nach dem neuen Reichstarifvertrag unverändert fortbesteht, erhoben werden!

Leit das „Bauwerk“!

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 23. März 1931.

Von den Bundesmitgliedern waren am Feststellungstage arbeitslos

Bezirksverband	Wahlberechtigte Baugewerkschaften	Mitgliederzahl am Feststellungstage	Arbeitslos																				insgesamt	vom Hundert der Mitgliederzahl											
			Maurer	Feuerungs- und Schornsteinmaler u. Helfer	Hilfsarbeiter	Bauhilfsarbeiter	Tiefbauarbeiter	Glaser	Ofenformner	Ofenflößer	Schornsteinflößer	Steingewerksarbeiter	Töpferhilfsarbeiter	Fliesenleger	Jolierer und Jolier	Strombauarbeiter	Klempner	Alphabettisten	Waldarbeiter	Waldarbeiter	Waldarbeiter														
Königsberg	7	17178	5692	10	227	76	157	173	6	9	414	—	—	35	18	4	—	108	22	—	20	5237	31	1984	49	—	57	6	805	8	15148	88,2	88,5		
Danzig	1	3681	1032	—	12	10	8	16	—	—	78	—	—	—	8	—	—	—	—	—	—	—	1017	40	553	—	—	—	129	—	2903	78,9	78,8		
Stettin	61	15868	7328	22	101	52	61	148	25	18	307	—	—	39	8	24	—	—	—	—	—	—	3175	6	1277	—	—	770	6	13375	84,3	87,3			
Breslau	42	41417	15744	35	573	218	179	87	75	278	712	109	189	249	105	48	11	111	—	—	—	—	10646	47	2081	—	—	2	2	2384	71	33956	82,0	83,9	
Berlin	60	53052	18478	89	211	587	333	1370	427	218	1124	21	20	124	348	203	50	16	699	—	—	—	12429	15	1472	7	9	—	9	1214	15	39488	74,4	76,6	
Magdeburg	42	29038	13464	11	111	19	45	53	109	55	247	83	—	28	38	62	8	28	—	—	—	—	4273	1	644	—	—	—	775	—	20065	69,1	70,5		
Erfurt	34	19874	10039	59	128	86	26	158	213	20	110	2	—	22	21	30	—	—	—	—	—	—	4054	1	299	—	—	9	—	1	1338	2	16671	83,9	86,3
Frankfurt	17	32862	12415	49	115	271	214	798	68	1	16	1	3	1	176	70	24	19	16	—	—	—	8363	250	1785	73	—	14	—	694	—	25487	77,6	78,8	
Köln	12	19013	4538	44	124	336	375	1371	29	—	29	3	5	—	177	48	26	531	108	—	—	—	4974	156	878	—	—	2	239	—	13997	73,6	74,6		
Dortmund	14	19631	5809	111	128	208	258	650	2	—	30	—	—	2	271	158	9	60	71	3	10	—	4234	267	1476	—	—	2	3	—	444	—	14206	72,4	72,6
Hannover	39	28425	12875	26	181	93	86	150	65	9	68	7	75	6	102	75	8	88	56	—	—	—	5345	11	1212	5	—	3	1	1317	2	21884	77,0	79,6	
Bremen	30	15114	4149	12	38	51	222	68	28	4	14	—	1	—	42	29	1	5	1	9	—	—	3004	3	1169	—	—	2	7	165	—	9024	59,7	70,0	
Hamburg	45	32642	8759	8	68	311	450	442	218	13	253	1	1	3	168	75	23	133	49	81	—	—	4900	—	2927	42	—	3	42	483	2	19455	59,6	62,4	
Rostock	60	8327	3489	6	36	—	—	—	7	4	11	75	—	—	9	7	—	—	—	—	—	—	2002	—	416	—	—	3	364	—	6434	77,3	82,0		
Dresden	31	65439	25465	41	543	347	161	274	553	570	832	37	1	119	164	105	97	19	128	—	—	—	18498	6	1471	—	—	2	1	17	2917	20	52391	80,1	81,3
Nürnberg	29	17628	5405	89	64	34	47	827	35	145	67	—	—	15	40	87	18	3	—	—	—	—	5590	13	397	42	7	9	5	498	—	13452	76,3	78,7	
München	27	13975	4133	19	82	55	35	139	63	13	117	1	11	16	54	27	7	9	27	6	24	—	5002	37	679	97	24	10	6	273	—	10966	78,5	81,6	
Stuttgart	14	9946	2326	22	22	107	30	1475	1	—	2	—	—	—	39	32	7	52	1	—	—	—	1993	136	885	—	—	2	—	262	—	7394	74,3	76,8	
Karlsruhe	11	15499	5091	44	121	149	99	960	15	27	5	1	53	2	83	48	7	27	5	—	—	—	2849	246	521	38	38	1	1	242	—	10687	69,0	71,9	
Zusammen	576	458609	166231	697	2885	3010	2786	9166	1936	1391	4501	266	374	705	1916	1056	282	1236	1216	99	155	107585	1266	22126	353	93	111	103	15313	126	346983	75,66	—		
Vorige Woche	576	458504	170431	700	3107	3113	2803	9533	1962	1387	4603	282	380	715	1946	1086	281	1229	1257	91	152	109890	1270	23226	380	75	124	106	16594	135	356858	—	77,83		



Unterhaltung und Wissen



Medizinische Kuriosa.

Von Rolf C. Reiner.

Die Mißachtung, die die Ärzte des Mittelalters erfuhren, geht wohl am deutlichsten daraus hervor, daß die katholische Kirche im Anfange des 13. Jahrhunderts die Ausübung der Heilkunst den Geistlichen streng verbot. Weiter noch ging die Würzburger Diözesan-Synode vom Jahre 1298, die den Geistlichen sogar die Gegenwart bei chirurgischen Operationen ausdrücklich untersagte, und somit die Heilkunst mit einem Makel beledete. Wengleich auch im Jahre 1456 die Wiener Fakultät einen Doktor der Chirurgie graduierte, — noch 40 Jahre vorher wies sie einen Chirurgen, der die Doktorwürde erstrebte, als einen unverschämten Menschen ab — bedurfte es dennoch einer ausdrücklichen Ehrlichkeitsklärung der Würdärzte, die abzugeben Kaiser Rudolf II. sich im Jahre 1577 auf dringendes Wissen der Ärzte bereitfinden ließ.

Daß es im Mittelalter schon Ärztinnen gegeben hat, ist allgemein ganz unbekannt. Und doch existierten solche schon im 11. Jahrhundert an der medizinischen Schule von Salerno. Sogar die Namen der tüchtigsten unter ihnen sind uns überliefert worden. Eine Ärztin mit Namen Mercuriade soll eine glänzende Chirurgin gewesen sein. Es hat sich sogar ein Dokument vom 10. September 1321 erhalten, durch das der Francisca, Gemahlin des Mathaeus de Romagna, bescheinigt wird, nach „wohlbestandenem Examen vor der Universität zu Salerno“ eine Praxis an gleichen Orte ausüben zu dürfen. — Die erste deutsche Ärztin, deren Namen auf uns überkommen ist, lebte um 1350 in München und betätigte sich ausschließlich als Augenärztin.

Angesichts des heutigen Hochstandes der medizinischen Wissenschaft erscheinen uns die Krankheitsbehandlungen, denen sich zuweilen Fürstlichkeiten des Mittelalters auf Anordnung ihrer Leibärzte unterziehen mußten, als wahrhaft barbarische Pferdekuren. So wird berichtet, daß Kaiser Otto II. von seinem Arzte zur Behebung einer Verdauungsstörung eine Dosis von fast 17 Gramm Aloe erhielt. Da schon ein Bruchteil dieser Menge tödliche Wirkung haben mußte, starb der Kaiser unter ganz unromantischen Umständen. Albrecht I. mußte sich einer furchtbaren Prozedur unterziehen, als er nach einem etwas allzu reichlichem Mahle von einem heftigen Unwohlsein befallen wurde. Da alle Mittel der herbeigerufenen Ärzte keine nennenswerte Linderung zu bringen vermochten, nahm man an, daß der König vergiftet sei. So hing man denn den Fürsten kurzerhand an den Füßen auf, „damit das Gift aus Augen, Ohren, Nase und Mund herausfließen könne.“ Erfolgslos blieb der König zwar am Leben, soll sich aber, was nicht weiser Wunder nimmt, von dieser Kur nie wieder ganz erholen haben. Einer fast gleichen Behandlung mußte sich Kaiser Sigismund im Jahre 1404 unterziehen, als man gegen ihn einen Vergiftungsanschlag unternommen hatte. Nach er wurde an den Füßen aufgehängt und mußte in dieser peinvollen Situation ganze 24 Stunden aushalten. Ein gutes Zeichen für die eiserne Konstitution des Kaisers, daß dieser Gift und Kur überstand.

Während in allen anderen Wissenschaften durch die tatkräftige Unterstützung der Fürsten Großes erreicht werden konnte, fehlte den Chirurgen und Heilkundigen jede Möglichkeit, durch Experimente ihre Kenntnisse zu vertiefen. War doch die Leichenöffnung im Mittelalter von den Päpsten streng untersagt. Der Senat der Stadt Venedig galt als ungeheuer fortschrittlich, um nicht zu sagen keckerisch, als er im Jahre 1305 die Erlaubnis erteilte, daß für die Zwecke anatomischer Studien in jedem Jahre eine Leiche geöffnet werden dürfe. Allerdings handelte es sich hier, wie in fast allen anderen derartigen Fällen selbstverständlich nur um die Leichname von Verbrechern. Als Philipp II. 1554 in Holland ganz generell das Sektionsverbot aufhob, wurde noch ausdrücklich in dem betreffenden Dekret festgesetzt, daß nur die Leichen von Singerrichtern zu solchen Zwecken verwandt werden dürften. Kein Wunder also, daß die medizinischen Kenntnisse der Ärzte im Mittelalter nicht gerade übermäßig groß gewesen sind.

Man glaubt allgemein, daß Justus von Liebig, der 1831 das Chloroform entdeckte, die Narkose überhaupt erfunden hat. Das ist jedoch ein Irrtum, denn schon den alten Römern war eine Narkose aus Mandragorawurzeln bekannt, wie dies Curides und Homer erzählen. Im 12. und 13. Jahrhundert unserer Zeitrechnung wurde es ebenso wie Wisfenkraut bei Amputationen und anderen Operationen ganz allgemein gebraucht. Aus dem Jahre 1460 ist uns eine Handschrift von Heinrich von Pflospeund, betitelt „Blind-Ärzney“, bekannt, in welcher die Technik der Inhalationsnarkose vor Operationen mit Mohnsaft, Mandragora und Wisfenkraut ausführlich beschrieben ist.

Man kannte im Mittelalter sogar künstliche Augen, künstliche Zähne und künstliche Glieder. So wird erzählt, daß der berühmte französische Chirurg Ambroise Paré um 1560 herum ein künstliches Auge aus emailliertem Gold herstellte und es in die Augenhöhle eines lebenden Menschen einsetzte. Paré ist aber wenigstens ehrlich und behauptet nicht, daß er der Erfinder dieses Verfahrens ist, sondern betont, daß man es bereits zur Zeit des kaiserlichen Rom gekannt habe. — Die eiserne Hand, die der Schmied von Ollenhäusen für Oß von Verlichingen anfertigte, als dieser seine Rechte 1504 verloren hatte, hatte eine Vorläuferin in der eines deutschen Ritters, der Ende des 14. Jahrhunderts im Rhein erkrankte und dessen Skelett man in neuerer Zeit gefunden hatte.

Der Leibarzt König Ludwig XIV. von Frankreich, Georges Marechal, war ursprünglich von Hause aus Barbier. Durch seine große Fertigkeit wurde er im Laufe der Jahre einer der prominentesten französischen Ärzte und weltberühmter Spezialist für Blasensteinooperationen. Zeitgenossen schätzen sein Jahreseinkommen auf 300 000 bis 350 000 Francs, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß er sich für jeden Aderlaß 2500, für jede Blasensteinooperation 5000 Francs zahlen ließ.

Zwei der gebräuchlichsten medizinischen Behandlungsarten waren — Klittierspritze und Blutegel, mit denen man fast jede Krankheit zu behandeln versuchte. Die Klittierspritze wurde von einem sehr berühmten flämischen Arzte Reynier de Graaf erfunden und von ihm und seinen Kollegen bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten gebraucht. Bezeichnend für den Unfug, der im späten Mittelalter mit dieser in gewissen Fällen ja recht segensreichen Klittierspritze getrieben wurde, ist ein Prozeß eines Arztes gegen den französischen Prälaten Fr. Bourgeois auf Bezahlung der Kosten für 2219 Klittiere, die er diesem innerhalb kurzer Zeit verabreicht hatte. Der Mißbrauch, der mit der Verwendung von Blutegeln viele Jahrzehnte lang getrieben wurde, ist genügend bekannt, so daß hier

Des Arbeitslosen Lotterleben.

*Ich fühle ein wahres Lotterleben,
Sehe spät ich des Morgens auf,
Dann laß ich mir kein Frühstück geben,
Und so beginnt mein Tageslauf.*

*Ich geh am Vormittag spazieren,
Zu Mittag eß ich etwas Luft
Und will ein wenig profitieren
Von andrer Leute Bratendust.*

*Am Nachmittag geh ich ins Grüne,
Und abends leg ich mich zur Ruh. —
Dem Treiben sah einmal ein Hüne,
Ein reichher, aus der Ferne zu.*

*„Der Keel, der fühlet ein Lotterleben“,
So sprach er, „dieser Keel ist schlecht.“
Ich will ihm gerne Beifall geben,
Vielleicht hat dieser Hüne recht.*

*Der Hüne - nehmt ihn als Erscheinung -
Denkt über mich im Geist von sich.
Er ist der reichden Leute Meinung,
Und er - im Grund ist er wie ich!*

G. Mendel.

auf Einzelheiten nicht weiter eingegangen zu werden braucht. Interessant ist nur eine auf uns überkommene Notiz, derzufolge die Pariser Spitäler je Jahr für 658 000 Francs Blutegel für ihre Patienten verbrauchten.

Bei unseren Vorfahren gehörte der Wein zur unentbehrlichen Nahrung, so daß in allen Kreisen und zu allen Gelegenheiten wesentlich mehr Wein konsumiert wurde, als dem einzelnen zuträglich war. Die Ärzte waren aber damals so stark abhängig von der allgemeinen Volksmeinung, daß sie die Trinkerzesse nicht nur nicht verboten, sondern sogar für gesund erklärten. Für jene, die den Wein sehr liebten, mag das ein Moment sein, das sie mit den Ärzten des Mittelalters ausöhnt. Aber ganz allgemein wollen wir uns doch lieber darüber freuen, daß die medizinische Wissenschaft im Laufe der Jahrhunderte einen solchen Hochstand erreicht hat und wir sicher sind vor den Torturen mittelalterlicher Krankheitsbehandlungen, die ebenso peinvoll wie zwecklos waren.

Die Steine der Cheopspyramide sprechen.

Von Heinz Schäfer.

Matt wirft die Abendsonne ihre letzten Strahlen auf die Pyramiden von Gizeh. Stolz ragen in der Ferne die schlanken Minaretts gen Himmel. Gigantisch hebt sich die Zitadelle von den Nokasambergen ab. Die mattgrünen Palmen schimmern in Gold. . .

Die Dämmerung ist kurz. Rasch sendet die Nacht ihre Schatten auf die fahlgelbe, tote Wüste. Hin und wieder bellt ein Schakal. Von dem nahegelegenen Felschendorf dringt Kindergeschrei. Allmählich zeigt sich der Mond. Silberne wirft er sein Licht auf die märchenhafte Landschaft — auf die Pyramiden von Gizeh. Geistesfüllt ragen die Riesensteine der Cheopspyramiden gen Himmel. Geisterhafte Ruhe. Auf einmal ein dumpfes Gemurmel. Die Steine werden lebend. Wie zum Geuze erhebt sich der oberste Stein. Sein Nachbar lächelt ihm zu. Die geheimnisvolle Stille unterbricht die dumpfe Stimme des obersten Steines.

„Brüder,“ tönt es geisterhaft durch die stille Nacht, „ein heißer Tag ist vorüber, ein Tag reich an Aerger für uns arme Steine. Als euer Oberhaupt bin ich verpflichtet, Protest gegen das Leben und Treiben der Fremdlinge zu erheben. Werft eure Augen über den Nil, den Nokasambergen zu. Viele Jahre sind verfloßen. Damals lebten wir noch glücklich mit unseren Stammesbrüdern. Niemand störte den Frieden. Dann kam der Tag, wo der große Pharao seine Knechte ausspähte, um uns als Sklaven über den Nil zu bringen. Ihr alle wißt noch, wie sich damals das Steinewolk empörte. Doch es half nichts. Unbarmherzig wurden wir den Unseren entrissen. Weil wir groß und schön waren, nahm man uns für die Totenkammer des

großen Königs. Es begann eine schwere Zeit für uns — eine Zeit voll Heimweh und Sehnen. Nur langsam gewöhnten wir uns daran. — Viele Jahre vergingen. Weiße Männer aus dem Abendland kamen und lösten den angewöhnten Sand von unseren Köpfen. — Warum taten sie das? Es wäre besser gewesen, sie hätten uns schlummern lassen. Von dieser Zeit an waren wir wieder dem heftigen Wüstensturm ausgesetzt. Doch dies alles wäre noch zu ertragen gewesen. Die weisen Männer waren ernste, brave Menschen. Sie ärgerten uns nicht.

Wieder gingen Jahre dahin. Allah zürnte den Menschen und ließ einen großen Krieg über die Abendlande kommen. Viele Stämme schwangen den Streifkolben. Naher Kanonendonner drang an unser Ohr. Endlich ging der Krieg zu Ende. Nun aber kamen für uns Tage der Marter. An Stelle der Einfaulheit trat reges Leben. — Das Theater begann. Bunt gekleidete Amerikaner kamen an. Ihre Feuerrosse ratterten und spien überleuchtende Luft zu unseren Köpfen. Scharen von hageren Engländer (Engländer) erkletterten uns Steine und ließen uns keine Ruhe. — Sagt mir Brüder, wie lange noch wollen wir dem tollen Leben und Treiben der Fremdlinge zusehen? Habe ich nicht wahr gesprochen, daß ich euch sagte: „Ich protestiere gegen diese Eindringlinge.“

Wildes Geschrei der Steine. — Beifall von allen Seiten. Nach einer Weile begann der Nachbar des obersten Steines mit zitternder Stimme:

„Meine Ohren haben soeben die Worte uneres Oberhauptes vernommen. Er hat wahr gesprochen. Der heutige Tag hat uns wieder ein Bild von der Kultur des Abendlandes gegeben. Ihr alle habt doch gesehen, wie heute früh der lange Engländer den kleinen Efelreiter „Mahumed“ mit der Peitsche schlug. Warum? — Weil der Araberjunge seinen sauer verdienten Sold verlangte! — Fünf Pfaster für einen Ritt in die Wüste war dem Engländer zu viel Geld, deswegen schlug er den armen Jungen.“

„Du hast wahr gesprochen,“ entgegnete ein anderer Stein, „auch gestern kam es zu einem Streit. Es war der dickbauchige Amerikaner, der mit dem Dragoman „Ali“ von einer Wüstenfour zurückkam. Etwa fünf Stunden währe der Ritt. Der Proß drückte Ali sechs Pfaster in die Hand. Ali war unzufrieden. Er verlangte mehr. Der Amerikaner lobte und gab dem Araber Rippenstöße. Eine Weile später bestieg der Dollarmann sein Dampfrohr und fuhr davon. — Der betrogene Ali weinte.“

„Ja, die Menschen sind anders geworden,“ erwiderte ein uralter Stein, „erst gestern konnte ich wieder einige betrachten. Ich mußte erst nicht, ob es Männer oder Frauen waren. Als diese zu mir emporstiegen, erkannte ich sie an der Stimme. Es waren Frauen — Frauen in Männerkleidung. Ich traute kaum meinen Augen. — Ihre Haare waren kürzer als die der Männer, die Füße zierten elegante Lackschuhe — Lackschuhe in der Wüste! Staff die schöne Willkürhaft zu betrachten, fingen sie an, sich die Lippen und Wangen zu färben. Zigaretten folgten und bei diesen erzählten sie sich allerlei Erlebnisse. Sie sprachen von Abenteuer in den Hüften der Eingeborenen, faszelten von Genüssen, zu denen man nur kommt, wenn man sich schmutzig macht. — Tief beschämt mußte ich diese Gespräche mit anhören. — Sind das europäische Frauen? Ist das die Moral der Menschen, welche dem Morgenlande Kultur beibringen wollen?“

Leise Musik. Die Steine verstummten. Der Abendfanz im nahegelegenen Hofel beginnt. Die Männer in schwarz — die Frauen sind leicht bekleidet. — Ja, es ist heiß im Morgenlande. — Gläser klirren — Gelächter. — Endlich graut der Morgen. Die Steine dürfen schlafen. — Nur kurze Zeit. Bald sind sie wieder dem tollen Leben ausgesetzt. — Arme Steine. . .

Kein Hüjüng.

Zweihunderttausend Leute zählt Man ohne Wohnung in Berlin, Die alle nur die Frage quält: Ob, wie, wohin und wann sie ziehn. Bei Schlummermüffern, bei der Braut, Im Stall, im Schrebergarten Zu viert, zu sechst, zu zehnt verstaft — So haufen sie und warten. Sie sind gemeldet allesamt Und registriert beim Wohnungsamt. Sie haben ihren Wohnungsfchein Und müssen in die Palme gehn, Wenn auch in Groß-Berlin allein Dreihundert Leerquartiere stehn. Die kriegt nur, wer sie zahlen kann, Doch wer in Höhlen nächtigt, Den kommt das meistens sauer an, Ist er auch wohnberechtigt, Und wenn er noch so laut verdammst Das einsichtsvolle Wohnungsamt. Zweihunderttausend wohnungslos! Das hohe Amt zählt hin und her. Die haben ein Als-Ob-Dach bloß, Dreihundert bleiben bleiben leer! . . . Man fragt sich sinnend: Was gerät Durch Massenclend Gutes? Vielleicht die Promiskuität Der Jugend! — Ei, was tut es?: Die Liebe von Zigunern stammt — Lang lebe unser Wohnungsamt!

Tobias im „Nir“.

Aus einer völkischen Rede. „Wir fragen den Orakel der germanischen Kulturwerte in unseren Händen, Sie dämlicher Hund Sie! Wissen Sie, was es bedeuten will, wenn wir das Volk zu den lichten Höhen des sittlichen Ernstes führen, Sie Dohse Sie? Sie werden das Ideal der Lebensläuterung begreifen lernen, wenn wir Ihnen die völkische Faust in die Fresse setzen!“

(„Wahrer Jakob.“)

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksverband Königsberg. Kampf im Baugewerbe! So ließ man in den kommunistischen Wurstblättern, und KPD. und RGO. brüsten sich mit der „Führung“ in diesem Kampf. Gewiß haben die Schiedsprüche des Prof. Dr. Braun aus Dortmund bei den Bauarbeitern berechtigte Empörung hervorgerufen. Es ist auch richtig, daß die Bauarbeiter, trotz Stegerwald und seiner gefügigen Schlichter, mit den Unternehmern noch abrechnen werden. Dazu brauchen die Bauarbeiter aber keine „rote Gewerkschafts-Ohnmacht“, keinen „roten Einheitsverband der Bauarbeiter“. Bisher haben diese von Moskau ausgehaltenen und bezahlten Gebilde den Bauarbeitern nur geschadet. — Nach der kommunistischen Streikstrategie und Streiktaktik kommen Siege nur durch Niederlagen zustande. Ihr Vorgehen auf den Baustellen ist auch weniger gegen die Unternehmer als gegen die Gewerkschaften gerichtet. Wo die Unternehmer zu willkürlichen Lohnabzügen übergehen, obgleich sie dazu kein Recht haben, leisten sie nur dem Tun und Treiben der kommunistischen Arbeiterfeinde Vorstoß. — Für das Tarifgebiet Ostpreußen ist im Baugewerbe weder durch Vereinbarung der Parteien noch durch eine rechtskräftige Entscheidung irgendeine Tarif- und Lohnregelung geschaffen; es besteht ein tariflosler Zustand. Die Vertragsparteien im ostpreußischen Baugewerbe haben deshalb vereinbart, erneut über den Abschluß eines neuen Bezirksarbeitsvertrages zu verhandeln und notwendigenfalls den Abschluß durch ein freiwillig vereinbartes Schiedsgericht herbeizuführen. — Die Schwinderei, daß die Bauhütte nur Löhne in Höhe des abgelehnten Schiedspruches zahlt, stimmt nicht. Das Gegenteil ist richtig. Die Bauhütte zahlt solange die alten Löhne, bis neue vereinbart oder festgesetzt sind. Bis dahin darf kein Mitglied sich schriftlich einem Unternehmer zu von ihm diktierten Löhnen anbieten. Kein Bauarbeiter hat in dieser Richtung irgend etwas zu unterschreiben. In dieser kritischen Zeit gilt es gewerkschaftliche Disziplin zu halten und nur den Anordnungen der Gewerkschaften Folge zu leisten.

Aus den Baugewerkschaften

Wschaffenburg. In unserer Vertreterversammlung am 15. März gab nach Ehrung der im Jahre 1930 verstorbenen Mitglieder Kollege Schäfer den Geschäftsbericht. Von der Wirtschaftskrise wurde auch unsere Baugewerkschaft stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Arbeitslosigkeit betrug im Berichtsjahr nie unter 40% unserer Mitglieder. Erfreulicherweise war es in der Stadt Wschaffenburg durch das Zusatzbauprogramm der Reichsregierung noch möglich, im Oktober 1930 für etwa 200 Kollegen Arbeitsmöglichkeit zu schaffen. Auf dem flachen Lande hingegen war, mit Ausnahme von Miltenberg, die Arbeitsmöglichkeit sehr gering. Die durchschnittliche Beschäftigung betrug je Mitglied und Jahr in unserer Baugewerkschaft nur 21,1 Wochen. Unser Mitgliederstand ist gehalten worden. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 56 894 M., die Ausgabe 56 108 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 32 236 M. und eine Ausgabe von 30 019 M. Je Mitglied wurde im Berichtsjahr ein Hauptkassenbeitrag von 21,96 M. geleistet, dem aber eine Ausgabe von 24,20 M. gegenübersteht; d. h. die Hauptkasse gab je Mitglied 2,24 M. mehr aus, als sie vereinnahmt hat. Mit Ausnahme einiger Unfälle bei den Main-Staustufen haben sich erfreulicherweise im Berichtsjahr keine Unfälle von Bedeutung ereignet. Leider lassen die sanitären Maßnahmen auf den Baustellen: Unterkunftsräume, Abortanlagen usw., immer noch zu wünschen übrig. Die Verwaltungsarbeit hat besonders durch die überfüllte Gesetzesmacherei in der Arbeitslosenversicherung einen immer stärkeren Umfang angenommen. — Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt, die Tätigkeit der Geschäftsleitung allgemein anerkannt und der bisherige Vorstand mit einigen Ergänzungen wiedergewählt. — Anschließend hielt Kollege Stampe, Frankfurt a. M., einen Vortrag über den Stand der Reichsarbeitsvertrags- und Lohnverhandlungen.

Wöbelen. Da einige Baumeister in Kofwein die Kollegen mit 99 1/2 Stundenlohn abspießen wollten, haben wir uns gezwungen, auf verschiedenen Baustellen den Abwehrstreik zu erklären. Bis auf eine Baustelle, wo nur eine Reparatur ausgeführt wird, ist es uns gelungen, die Unternehmer dahin zu bringen, vorläufig den zentralen Schiedspruch (106 1/2 für Maurer) anzuerkennen und bei einer etwaigen Lohnherabsetzung Nachzahlung zu leisten. — In einem Fabrikbetrieb, wo ein Ringofen umgebaut werden mußte, leisteten zwei Luckkollegen Streikbrecherarbeit. Trotz Aufforderung der Streikposten und des Kollegen Richter, ihre gemeine Handlungsweise einzustellen, erklärten sie, daß sie sich nicht schämten, Streikbrecherarbeit zu leisten. Daß sich der Kollege Wüstlich von dem ehemaligen Mitglied Dietrich, der übrigens zu den „Erneuerern des Dritten Reiches“ gehört, dazu hat hinreißen lassen, ist uns unverständlich. Nun, bei passender Gelegenheit können wir uns ja revanchieren. Wer uns heute in den Rücken fällt, ist nicht wert, etwaige Errungenschaften mit zu genießen.

Dresden. In der am 15. März abgehaltenen Vertreterversammlung gab Kollege Seidel den Jahresbericht. Seine Ausführungen waren ein Spiegelbild der schlechten Wirtschaftslage. Die Arbeitslosigkeit in unserer Baugewerkschaft erreichte im Berichtsjahr mit 38% den niedrigsten Stand und mit 75% den höchsten. Aussicht auf Besserung ist nicht vorhanden. Infolge der Krise haben wir einen Mitgliederverlust von 838 erlitten. Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschluß 15 110. Den Kassenbericht gab Kollege Falz. Die Einnahmen waren bedeutend geringer und die Ausgaben viel größer als in den vorhergehenden Jahren. Im Jahre 1928 entfielen auf jedes Mitglied 39 Vollbeiträge, 1929 je Mitglied 31, aber 1930 waren es nur 19 Vollbeiträge. Andererseits stiegen die Unterstützungsausgaben je Jahr und Mitglied in dem gleichen Zeitraum von 16 M. auf 27 M. Es wird wenig Organisationen geben, die soviel wieder an ihre Mitglieder zurückzuführen. — Die Aussprache war sachlich. — Der Bezirksleiter, Kollege Richter, berichtete noch über die Lohnverhandlungen. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. An die Stelle des wegen Invalidität vor-

zeitig auscheidenden bisherigen Vorsitzenden, Kollegen Barth, wurde auf einmütigen Vorschlag unseres Vorstandes und Beirats Kollege Schumann aus Chemnitz gewählt. Stellvertretender Vorsitzender ist Kollege Seidel, Kassierer Kollege Falz, sein Stellvertreter Kollege Lehmann; als Schriftführer wurden die Kollegen Zimmermann und Schmidt einstimmig gewählt. Revisoren sind die Kollegen Glöckner, Schreiner und Krämer. Als Ersatzmann wurde Kollege Müller und als Jugendleiter Kollege Eckert gewählt. Die Vertreterversammlung beschloß, daß bei den nächsten Vertreterkonferenzen außer dem Mitgliedsbuch der Organisation die Zugehörigkeit zur Partei und zum Konsumverein nachgewiesen werden muß. Gleichzeitig ist die letzte Zeitungsquittung vorzulegen.

Fulda. In der Generalversammlung am 8. März wurde einleitend das Andenken unserer vier verstorbenen Kollegen geehrt. Anschließend gab der Geschäftsführer, Kollege Luth, den Geschäftsbericht für das Jahr 1930. Die große Arbeitslosigkeit hat auch unsere Kollegen nicht verschont. Unser Baugewerkschaftsgebiet ist mit Bauarbeitern überfüllt. Fulda ist für Bauarbeiter Abwanderungsgebiet nach dem Rheinland und Westfalen. Da aber das Industriegebiet ihnen heute die Tore verschließt, häuft sich die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter in unserem Gebiet sehr stark. Die Bautätigkeit im eigenen Gebiet war gegenüber den Vorjahren erheblich geringer. Beim Arbeitsgericht wurden 40 Klagen eingereicht, die 80 Termine erforderlich machten. Die ausgediente Lohnsumme beträgt 1159 M. In 95 Fällen wurden unsere Kollegen vor der Spruchkammer, in 92 Fällen vor dem Spruchauschuß und in 45 Fällen vor dem Oberversicherungsamt vertreten. Das Verammlungsleben war sehr reger. In Arbeitslosenunterstützung wurden vom Bundesvorstand insgesamt 12 783 M., an Krankenunterstützung 59 M., an Wanderunterstützung 312 M., an Invalidenunterstützung 98 M., für Rechtschutz 76 M. und in Sterbefällen 215 M. ausgezahlt. Unsere Einnahmen sind um etwa 10 000 M. niedriger als im Jahre 1929. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 16 425 M., die Ausgabe 14 061 M. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Berichtsjahres 910. Trotz der Krise ist unser Mitgliederstand stabil geblieben. Die Jugendarbeit ist ebenfalls gut vorangekommen. Für die Bauabende herrschte bei unseren jugendlichen Kollegen ein reges Interesse.

Halle. Am 15. März hielt unsere Baugewerkschaft ihre Jahresvertreterversammlung ab. Nach Ehrung der im Berichtsjahr verstorbenen Mitglieder gab Kollege Brauns den Geschäftsbericht. In Hand von Zahlenmaterial erläuterte er die ungünstige Baumararklage, ihre Ursachen und Wirkungen. Gegenüber 1929 waren die Arbeitsverhältnisse in Halle selbst noch nicht die ungünstigsten. Es wurden immerhin 689 Neubauten errichtet, worunter sich 480 Wohnhäuser mit insgesamt 1546 Wohnungen befinden. Recht trübe dagegen war die Bautätigkeit in den Außenbezirken unserer Baugewerkschaft. Dort mußten die Neubauten mit dem Mikroskop gesucht werden. So ist erklärlich, daß weit mehr als 50% unserer Mitglieder im Jahresdurchschnitt arbeitslos waren. Die Ausfahrten sind recht frühe. Die 36wöchige Wartezeit, um in den Genuss der Ferien kommen zu können, haben nur 284 Maurer und 85 Hilfsarbeiter erreicht, wobei die Wartezeit zum Teil noch aus dem Jahre 1929 stammte. Die Lehrlinge haben, obgleich sie im ersten Lehrjahr 6 Tage Ferien zu fordern haben, sehr schlecht abgeschrieben, was aber auf ihr Schulkonto zu setzen ist, weil sie nicht den Mut hatten, ihre Ferien zu fordern. Bedingt durch die schlechte Arbeitsmarktlage und nicht zuletzt durch die Zerstückelung der durch die KPD. aufgelegenen RGO. konnte im Berichtsjahr kein Mitgliederzuwachs erzielt werden. Nach dem Kassenbericht für das vierte Vierteljahr 1930 schließt die Bundeskasse mit einer Einnahme von 36 006 M. und einer Ausgabe von 27 039 M. ab. Die Baugewerkschaftskasse hatte im Berichtsjahr eine Einnahme von 50 670 M., der eine Ausgabe von 46 405 M. gegenübersteht. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. — Anschließend hielt Kollege Hugo Scheibel einen Vortrag über die wirtschaftliche und politische Lage. Mit Ausnahme des Kollegen Kügner, der auf eine Wiederwahl verzichtete, wurde der bisherige Vorstand mit großer Mehrheit wiedergewählt.

Landesberg/Warthe. In der gut besuchten Vertreterversammlung am 1. März wurde zunächst der verstorbenen Kollegen gedacht. Kollege Keller ergänzte darauf den gedruckten vorliegenden Geschäftsbericht. Die frühen Voraussagen für das Jahr 1930 haben sich nicht nur erfüllt, sondern sind noch erheblich übertroffen worden. Selbst im Hochsommer waren 40% unserer Mitglieder ohne Arbeit. Das Baudelegiertenwesen litt stark unter der schlechten Wirtschaftslage. Um die Erhaltung des Errungenen mußte während des ganzen Jahres hart gekämpft werden. Dies zeigen auch die vielen Klagen beim Schlichtungsausschuß und vor dem Arbeitsgericht. Von 23 beim Arbeitsgericht anhängig gemachten Streitfällen sind 21 zu unseren Gunsten entschieden worden. Von 12 Streitfällen vor den tariflichen Schlichtungskommissionen endeten 11 zugunsten unserer Kollegen. Eine Klage vor dem Landesarbeitsgericht hatte vollen Erfolg. Die ausgediente Summe beläuft sich auf 2000 M. Beim Gewerbeaufsichtsamte wurden acht Anzeigen wegen Ueberschreitung der Arbeitszeit gemacht. Für Streitfälle aus der Arbeitslosenversicherung wurden 53 Schriftsätze angefertigt. Die Fachgruppe der Bau-Werkmeister hat gute Fortschritte erzielt, sämtliche Maurerpoliere, die im Polierbund organisiert waren, sind geschlossen zum Baugewerksbund übergetreten. Auch die übrigen Fachgruppen sowie unser Jugendamt waren reger tätig. Die Arbeit unseres Bauteilkontrolleurs, Kollegen Otto Liebisch, fand unsere volle Anerkennung. Die Unternehmer sind selbstverständlich entgegengehaltener Meinung. Ferien haben nur 6 Poliere, 38 Maurer, 26 Hilfsarbeiter und 18 Lehrlinge bekommen. Eine bessere Regelung wäre durchaus am Platze. Die Bauhütte Landesberg hat für die tariflichen Ferien allein 2562 M. ausgegeben. Unsere Mitgliederzahl betrug am Schluß des Berichtsjahres 1613, darunter befinden sich 226 Lehrlinge. Die Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse balancierte mit 64 046 M. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 30 592 M., der eine Ausgabe von 25 305 M. gegenübersteht. — Kollege Lompelt vom Bezirksvorstand berichtete über den Stand der Tarifvertragsverhandlungen und skizzierte scharf das Verhalten der Unternehmer. Sodann hielt Kollege Liebisch einen Vortrag über Bauarbeiterschulung. — Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. An Stelle des als Revisor ausgeschiedenen Kollegen Böcker trat Kollege Otto Morgen-

thal. Unser Vorsitzender, Kollege Habnert, ermahnte, stets dem Bund zu folgen, allen Schikamenten, sei es durch Nazis oder RGO., Widerstand zu leisten. Für Spaltplizze und Söldlinge des Kapitals ist in unseren Reihen kein Platz. In anerkennenden und ehrenden Worten gedachte er unseres alten Kollegen August Kreckow I, einem Mitbegründer unserer Zahlstelle vor 32 Jahren, der heute noch ununterbrochen für unsere Bewegung kämpft und seit 30 Jahren für die sozialistischen Ideen eintritt. Möge sich die Jugend unseren alten August zum Vorbild nehmen.

Lüdenscheid. Der in unserer Vertreterversammlung am 15. März gegebene Geschäftsbericht zeigte, daß auch bei uns die Bautätigkeit im Jahre 1930 schlecht war. Vielen Facharbeitern war es nicht möglich, Arbeit zu finden. Für dieses Jahr sind die Aussichten noch schlechter. Einige Aussichten auf Arbeit bestehen allerdings durch den Bau der neuen Talperre und bei einigen Auffanarbeiten. Um unseren Kollegen zu ihrem vertraglichen Lohn und ihren sonstigen Rechten zu verhelfen, mußten vor der Schlichtungskommission 30 Klagen und vor dem Arbeitsgericht 5 Klagen geführt werden. Der geldliche Erfolg dieser Klagen beträgt 4267 M. Bei in Zahlungsschwierigkeiten oder in Konkurs geratenen Unternehmern verloren unsere Kollegen 1259 M. an Lohn. Der Versuch einiger Unternehmer in den ländlichen Gebieten, die Tariflöhne zu drücken, konnte abgewehrt werden. Den Kollegen in diesen Gebieten sei aber empfohlen, die Organisation besser auszubauen. Im Jahre 1930 sind von der Hauptkasse an Unterstützungen 11 984 M. verausgabt worden. — Anschließend sprach Kollege Kuhmann über die Verhandlungen um einen Reichsarbeitsvertrag und unsere Lohnbewegungen. Bis auf den Schriftführer wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt.

Neustadt a. S. In unserer Vertreterversammlung am 8. März widmete Kollege Christian Bolz zunächst den sechs verstorbenen Kollegen einen Nachruf. — Der Geschäftsbericht lag schriftlich vor; unser Geschäftsführer, Kollege Georg Weigenand, sprach über die wirtschaftliche und politische Lage. Die Bautätigkeit war im Berichtsjahr eine der schlechtesten, die wir je gehabt haben. Ueber zwei Drittel unserer Kollegen bezogen Arbeitslosen- oder Wohlfahrtsunterstützung. Es ist deshalb begreiflich, daß die Ausgaben unserer Baugewerkschaft die Einnahmen überstiegen. Durch Verhandlungen sowie durch Klagen vor den Schlichtungskommissionen und den Arbeitsgerichten wurden insgesamt 2643 M. für die Kollegen herausgeholt. Scharf unter die Lupe genommen wurde das Baugeschäft Georg Neumann, das sich im Juli vorigen Jahres als Tarifbrecher entpuppte. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt und der bisherige Vorstand wiedergewählt. — Ueber die Reichsarbeits- und Bezirksarbeitsverhandlungen sprach Kollege Forter. Darauf gab Jungkollege Bolz noch einen Bericht von dem Kursus in der Bundesschule des ADGB. in Bernau.

Vom Bau

Köln. Die Bauarbeiterfahndungskommission entfaltete auch im Jahre 1930 trotz der schlechten Bautätigkeit eine sehr rege Tätigkeit. Es wurden 120 Kontrollen abgehalten, bei denen wir über 1000 Verstöße feststellten. Wenn auch der größte Teil hiervon durch unser Eingreifen beseitigt wurde, so mußte doch in einigen Fällen unserer Beschwerde durch die zuständigen Behörden Nachdruck verschafft werden. Bemerkenswert ist, daß gerade auf den Baustellen, wo die Belegschaft nicht oder nur zum geringen Teil organisiert ist, die Verstöße am kräftesten waren, während dort, wo die Belegschaft restlos organisiert ist und eine Betriebsvertretung vorhanden war, fast keine oder nur geringe Verstöße vorkamen. Es ist dies ein schlagender Beweis dafür, daß die Kollegen in dem Bewußtsein, in ihrer Organisation eine wirksame Stütze zu haben, dem Unternehmer auch klar zu machen verstehen, daß die baupolizeilichen Vorschriften nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch befolgt werden müssen. — Unfälle ereigneten sich im abgelaufenen Jahre in großer Zahl. Hierunter waren 7 tödlich und über 50 schwerer Art, zum Teil mit längerem dauerndem Giechum verbunden. Hinzu kommen noch eine große Anzahl leichter Verletzungen. — Die Verstöße gegen die baupolizeilichen Vorschriften bestanden zur Hauptsache in mangelhaftem Gerüstbau, im Fehlen oder unvollständigen Verbandkästen, im Nichtvorhandensein von Unfallverhütungsvorschriften, sowie in schlechten Verkehrswege, mangelhafter Abdeckung, schlechten Leitergängen undichten oder zu kleinen Mannschaftsräumen usw. Die Verletzungen waren Schädelbrüche, innere Verletzungen, Arm- und Beinbrüche, Quetschungen.

Aus den Fachgruppen

Asphaltierer. Leipzig. In unserer Generalversammlung gab, nachdem der verstorbenen Kollegen Angermann und Töpfer gedacht worden war, Kollege Hirschmeyer den Bericht von der Vertreterversammlung der Baugewerkschaft. Darauf gab Kollege Buchmann den Jahresbericht. Er schilderte die Ursachen der Arbeitslosigkeit in unserer Gruppe und ermahnte, keine Ueberstunden mehr zu leisten. Er verurteilte den flauen Versammlungsbesuch im vorigen Jahr, den Lehnabbau der Pfahlarbeiter bei den Privatfirmen und stellte darauf fest, daß der Tarif der Pfahlarbeiter zum 31. März nicht gekündigt worden sei. — Die Aussprache war lebhaft. Zum Obmann wurde Kollege Buchmann gewählt, zum Stellvertreter Kollege Ruffbaum; Schriftführer ist Kollege Gehrmann. Als Generalversammlungsvertreter wurden die Kollegen Ruffbaum, Hirschmeyer, Max Naumann und Müller wiedergewählt. Mitglied der Bauarbeiterfahndungskommission ist Kollege Hirschmeyer. Angenommen wurde ein Antrag, eine Anwesenheitsliste einzuführen, um den Versammlungsbesuch der einzelnen Kollegen festzustellen.

Betonarbeiter. Hamburg. In unserer Jahresversammlung am 30. März gab Kollege Mohrke den Jahresbericht, aus dem sich ergab, daß auch die Betonarbeiter sehr

Nach unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Das Bestreben der Zimmerer, immer mehr in das Einschalgewerbe einzudringen, wurde einer heftigen Kritik unterzogen. Vielfach haben Poltere im Betongewerbe, die dem Zimmererverband angehören, für Einschalarbeiten nur Zimmerer eingestellt. Das ging sogar so weit, daß bei namentlichen Anforderungen dem Betreffenden ein Schein in die Hand gedrückt wurde, den er dann auf dem Arbeitsnachweis gegen einen Vermittlungsschein einwechselte. Dagegen setzen wir uns zur Wehr, mit dem Erfolg, daß für Einschalarbeiten nur als Einschaler eingetragene Arbeitssuchende, ganz gleich, ob sie dem Zimmerer- oder dem Einschaler angehören, vermittelt werden dürfen. Dieser Beschluß des Fachauschusses des Arbeitsnachweises löst beim Zimmererverband auf schärfsten Widerstand. Man erzielte nunmehr den Mitgliedern den Rat, sich ohne Vermittlung des Arbeitsnachweises in die Arbeitsstellen hineinzudrängen. So geschah es bei der Firma Dyckerhoff & Widmann in der Markmannstraße. Bei der Firma Möller, Baustelle Braunsfelder Straße, sind sogar drei Zimmerer beschäftigt, die zu gleicher Zeit eine Kamme in Betrieb halten. Auf dieser Baustelle werden Zementpfeiler geschlagen. Wenn der Pfahl gestellt ist, schlägt der eine drauf und seine beiden Kameraden gehen Platten zusammenlagern für die Fundierungsarbeiten. Ob das im Interesse des Berufes der Pfahlhammer, der Zimmerer oder der Einschaler liegt, ist eine Frage, die wir dem Jahststellenvorstand der Zimmerer zur Verantwortung überlassen. Der Fall wurde der Organisationsleitung der Zimmerer mitgeteilt. Es erschien dann acht Tage später einer ihrer Angestellten auf der Baustelle und erklärte: „Laßt unsere Kameraden in Ruhe, die werden den Laden schon schmücken.“ Ob diese Handlungsweise dem Grundsatz: „Liebt Kollegialität — seid solidarisch!“ entspricht, steht allerdings auf einem anderen Blatt. — Die von uns am 25. März beim Arbeitsamt anhängig gemachte Beschwerde wegen Einstellung ohne Vermittlung des Nachweises ist wie folgt beantwortet worden: „Die erwähnten Zimmerer sind nicht durch das Arbeitsamt nach der Firma Dyckerhoff & Widmann N.-G., vermittelt worden. Genannte Firma forderte am 17. bzw. 19. März drei Zimmerer namentlich in der Fachabteilung für das Baugewerbe an. Die Vermittlung mußte bestimmungsgemäß abgelehnt werden. Die Zimmerer sind dann wahrscheinlich von der Firma ohne Vermittlung eingestellt worden, weil der Zimmererverband keine Bedenken gegen die Einstellung äußerte. Die Firma ist auf die Anzulässigkeit dieser Art der Einstellung hingewiesen.“

Töpfer und Fliesenleger.

Dresden. (Fliesenleger.) In unserer Jahresversammlung am 28. März gab Kollege Beier einen Rückblick auf das vergangene Jahr. Der Wunsch der Unternehmer, 10 bis 15 % vom Lohn abzubauen, ging nicht in Erfüllung; im Gegenteil, wir erreichten noch eine Lohn-erhöhung. Der Versammlungsbesuch war mit 62 Kollegen im Durchschnitt gut. Bei etwa 70 % Arbeitslosigkeit im Beruf wittern auch die Unternehmer Morgenluft. Unser Tarif ist am 31. März abgelaufen. Der Hauptkampf in den kommenden Verhandlungen wird sich um die Erhaltung der im vorigen Jahr erkämpften Freitagewoche abspielen. Die bisherige Fachgruppenleitung wurde bis auf einen Kollegen, der zurücktrat, wiedergewählt.

Dresden. (Ofenseher.) In der am 25. März abgehaltenen Jahresversammlung gab unser Obmann den Jahresbericht, aus dem hervorging, daß die furchtbare Arbeitslosigkeit nicht nur die Folge der Wirtschaftskrise, sondern auch auf das Vordringen anderer Heizsysteme (Zentralheizung, eiserne Ofen, Gasherde) zurückzuführen ist. Nach dem Notbauprogramm sollen bei den zu errichtenden Kleinstwohnungen keine Zentralheizungen eingebaut werden, weil Anlage und Unterhaltung zu teuer sind. Es wäre zu wünschen, daß alle Siedlungsgesellschaften ihre Bauvorhaben unter diesem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit ausführen. Aber weit gefehlt. Wir haben in Dresden Siedlungsgesellschaften, die ihre Projekte reiflos mit dieser Heizung und mit Gasherden ausführen. Im Berichtsjahr wurde, um möglichst viel Kollegen in Arbeit zu bringen, eine Höchstverdienstgrenze festgesetzt. Sie konnte aber nicht gehalten werden, weil Egoismus und Solidarität zwei Worte sind, die manchen Kollegen in Verwirrung bringen. Daß in solchen Zeiten wie den heutigen der Arbeitsnachweis besonders im Brennpunkt steht, ist verständlich. Auch die Behörden glauben, der Zeitpunkt sei günstig, um die seit Jahrzehnten bestehende partikularistische Arbeitsvermittlung zu beseitigen. Durch Verhandlungen wurde erreicht, daß wir auch künftig bei der Arbeitsvermittlung mitwirken. Aber diese Regelung befriedigt uns nicht voll. — Gegenwärtig sind 85 % unserer Kollegen arbeitslos. Die Gewerkschaftszertifikate fanden bei uns glücklicherweise keinen Boden. Wir können deshalb den kommenden Verhandlungen mit den Unternehmern mit Ruhe entgegensehen. Das Versammlungsleben war sehr reger. Die bisherige Fachgruppenleitung bleibt bis auf den Schriftführer, an dessen Stelle Erich Koff einstimmig gewählt wurde, im Amt.

Forst i. L. (Paul Kupfer †). Am 1. April verschied im 50. Lebensjahr unerwartet durch Schlaganfall unser langjähriger Fachgruppenobmann, Paul Kupfer. Die Töpfer verlieren in ihm einen ihrer besten Kollegen, dessen Name in der Provinz Brandenburg und darüber hinaus bekannt ist. Paul Kupfer war Mitglied der zentralen Lohnkommission unserer Provinz, bekleidete im Ortsauschuß des DVOB das Amt des Kassierers, war Vorsitzender des Aufsichtsrates der Bauhütte, Vorstandsmitglied der Gewoba und Stadtverordneter der SPD., in welcher Eigenschaft er Mitglied des Bauauschusses war, wo er noch zwei Tage vor seinem Tode einer Sitzung beiwohnte. Nun ist unser Paul von uns geschieden. Es wird nicht leicht sein, die Lücke, die der Verstorbene hinterläßt, wieder auszufüllen. Wir bewahren ihm ein dauerndes, ehrendes Andenken.

Görlitz. (Ofenseher und Ofenseher.) Den Reigen bei den Lohnabbaubestrebungen eröffneten hier die Kachelofenfabrikanten. Trotz des rigorosen Lohnabbaus in diesem Gewerbebereich hat sich aber die Geschäftsfähigkeit in den beiden hiesigen Ofenfabriken nicht gehoben. Die Schlesiische Ofenfabrik, früher Gebr. Fuchs, ist in das Eigentum des Herrn Paul Sobel, Hirschberg, übergegangen, der die Fabrik ihnen vollständig modernisierte; dann aber mußte er den Betrieb stilllegen. Die Firma Gebr. Schöppe arbeitet abwechselnd mit der Hälfte der Belegschaft, die überdies seit den vorjährigen Entlassungen nur noch die Hälfte des früheren Belegschaftsbestandes aufweist. —

Die allgemeine Mode des Lohnabbaus ließ auch unsere Ofensehmeister nicht ruhen. Sie kündigten deshalb am 30. September v. J. den Grundtarif und am 1. Dezember die Feuerungszulage. Unter den beabsichtigten Verschlechterungen des Grundtarifes befand sich auch die, den Zuschlag bei transportablen Ofen um 50 % abzubauen. Die Feuerungszulage sollte um 10 % und der Stundenlohn von 1,16 M auf 1,05 M herabgesetzt werden. Nachdem bei den Verhandlungen nur in einigen Punkten eine Einigung erzielt werden konnte, riefen die Unternehmer den Schlichtungsausschuß an. Dieser faßte Anfang Januar einen Schiedsspruch, der die Feuerungszulage um 10 % abbaute. Der Stundenlohn wurde auf 1,08 M festgesetzt, aber es unterblieb der 50prozentige Abzug bei den transportablen Ofen. Da uns der Abzug der Feuerungszulage unerträglich, den Unternehmern aber der Abzug zu niedrig war, lehnten beide Parteien den Schiedsspruch ab. Darauf war etwa 7 Wochen Ruhe über den Wassern, bis wir eine Woche vor dem 15. März die Mitteilung erhielten, daß die Ofensehmeister vom 15. März an nur den neuen niedrigeren Lohn zahlen wollten. Die Unternehmer hatten sich nämlich beim Schlichter von Schlesien erkundigt, wie die Lage für sie stände. Und da sie dort jedenfalls erfahren hatten, daß für sie nicht mehr viel herauszubohlen sei, wollten sie den neuen Tarif stillschweigend von sich aus in Kraft setzen. Wir verlangten sofortige Verhandlungen. In der Lohnkommissionsitzung gelang es uns dann auch, den Stundenlohn von 1,08 M auf 1,10 M heraufzudrücken. Ebenso wurde der Mindestlohn der schwachen und ausgearbeiteten Kollegen höhergesetzt, so daß sie nun besser wegkommen, als bei der Berechnung nach dem Feuerungszuschlag. Der Feuerungszuschlag zum Akkordtarif wurde allerdings bei glattem Zeug von 100 auf 90 % und bei Rutenzeug von 90 auf 80 % herabgesetzt. Beschwerden über unrichtige Berechnung der ausgeführten Arbeit müssen vier Wochen nach Fertigstel-

Die Beiträge sind das Fundament unseres Bundes!

Für die Woche vom 12. bis 18. April ist der 16. Bundesbeitrag für 1931 zu zahlen.

lung des Stückes anhängig gemacht werden. Bei Kochmaschinen und böhmischen Herden wurden einige kleine Änderungen vorgenommen. — Die Beschäftigung ist schlecht und so mußten die Kollegen die Abmachungen, die bis zum 31. März 1931 gelten, annehmen. Der Grundtarif gilt bis zum 31. Dezember 1931. Unser Organisationsverhältnis ist mit 98 % als gut anzuspochen. Wenn sich die Lage auf dem Baumarkt nicht unerwartet ändert, so wird die Beschäftigung der Ofenseher geringer sein als im vorigen Jahr.

Abrechnung des Deutschen Baugewerksbundes über das Jahr 1930.

Einnahmen.	
An Beiträgen	13 591 929,40 M
„ Streikbeiträgen	1 333,—
Für Mitgliedsbücher	14 627,70 „
„ Erfahrungsbücher	1 275,80 „
„ Kalender	29 482,75 „
„ Buchhüllen	4 265,05 „
„ Markenmappen	694,65 „
„ Bundesnadeln	4 575,60 „
„ Bauabendbücher	3 406,75 „
„ verschiedene Schriften	4 192,24 „
„ Bleisfedern	1 776,28 „
„ Kalenderanzeigen	450,—
„ zurückgezahlte Kapitalen	16 300,—
„ Lokalverein der Maurer, Hann.-Cindan	15 000,—
„ Zinsen	881 017,55 „
„ sonstige Einnahmen	9 286,33 „
Summa	14 579 613,10 M
Ausgaben.	
Für „Grundstein“, „Jungvolk“ und „Baugewerksmeister“	946 855,07 M
„ „Bauwerk“	9 168,80 „
„ „Gewerkschaftszeitung“ und „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“	31 804,63 „
„ Agitation und Zuschuß an die Bezirkskassen	723 303,77 „
„ Streiks und Bausperrn	271 940,86 „
„ Flugblätter	476,—
„ Verhandlungen	29 299,64 „
„ Unterstützung an Arbeitslose	11 576 020,05 „
„ „ Kranke	1 622 071,67 „
„ „ Invalide	822 796,85 „
„ „ „ Gemahregelste	12 907,27 „
„ „ „ Wanderunterstützung	100 646,98 „
„ „ „ in Sterbefällen	646 497,95 „
„ „ „ Rechtshilfsfachen	73 313,12 „
„ Verwaltungszuschuß an die Baugewerkschaften	127 470,40 „
„ Konferenzen und Sitzungen	152 151,82 „
„ Bundestag in Frankfurt a. M.	121 786,95 „
„ Unterrichtskurse	190 898,69 „
„ Beitrag an den DVOB	149 108,10 „
„ „ „ Bildungsfonds	23 010,50 „
„ „ „ die Bauarbeiter-Internationale	23 927,50 „
„ „ „ Akademie der Arbeit	300,—
„ „ „ das Deutsche Auslands-Institut	100,—
„ „ „ den Bayer. Wärme- und Wirtschaftsverband	250,—
„ „ „ die Gewerbehygiene	1 000,—
„ „ „ Zentral-Heiztechnische Kommission	500,—
„ „ „ Jugendherbergen	100,—
„ „ „ Kachelkunst	50,—
„ „ „ das Keramische Museum Veltan	100,—
„ Beitragsanteil nach Frankreich	2 587,71 „
„ Einbruchs-, Film- u. Feuerversicherung	2 983,20 „
„ Unkosten Budapest	9 862,50 „
„ Umzug nach Berlin, Rest	1 313,—
„ Raumlöhne	2 000,—
„ Bibliothek	15 075,76 „
„ Schriften	162 581,02 „

Für sachliche Verwaltungskosten:

a) Drucksachen	78 704,55 M
b) Beitragsmarken	14 543,50 „
c) Markenbücher	617,40 „
d) Tarifverträge	1 066,20 „
e) Buchhüllen	13 320,21 „
f) Bundesnadeln	6 885,70 „
g) Mitgliedsbücher	35 605,20 „
h) Bleistifte	3 583,65 „
i) Stempel	6 464,31 „
k) Zeichnungen	1 050,—
l) Ehrenurkunden	10 887,55 „
m) Uhren	2 706,55 „
n) Ausstellungsmaterial	1 639,61 „
o) Lichtbildmaterial	13 989,65 „
p) Filmkonto	12 768,80 „
q) Aufos und Material	122 635,42 „
r) Büromaschinen	15 932,40 „
s) Büroreinigung, Licht und Wärme	79 992,76 „
t) Bürobedarf und Zeitungsabonnement	74 699,90 „
u) Buchbinder	802,95 „
v) Porto, Fracht und Straßporto	37 140,70 „
w) Fernspreckgebühren	7 239,24 „
x) Büro- und Kantineneinrichtung Friedrichstraße	135 492,30 „
y) Einrichtung der Schule am Werlsee	50 608,31 „
Für persönliche Verwaltungskosten:	
a) Gehalt der Vorstandsmitglieder	124 968,— M
b) Gehalt der Bürohilfsarbeiter und -arbeiterinnen	319 324,14 „
c) Bundesauschuß	1 739,70 „
d) Revision der Bundeskasse	2 441,—
e) Revision der Baugewerkschaften	3 892,50 „
f) Versicherung sämtlicher Angestellten und ehrenamtlich tätigen Kollegen im Bund	390 479,33 „
Anteil der Baugewerkschaften an den Jugendmarken	149 688,32 „
Verluste des Bundes in den Baugewerkschaften	21 182,81 „
Summa	19 596 952,27 M

Bilanz.

Einnahme	14 579 613,10 M
Ausgabe	19 596 952,27 M
Mehrausgabe	5 017 339,17 M

Mag Viebler, Kassierer.

Berlin, 11. April 1931.

Vorliegender Rechnungsabluß ist von uns revidiert und mit den Kassenbüchern und Belegen übereinstimmend befunden. Das Bundesvermögen ist uns nachgewiesen oder in bar vorgelegt worden.

Die Revisoren:

E. Hellmuth, Aug. Warfenberg, Wilhelm Falz.
Für den Bundesvorstand: Philipp Werner.

Allgemeine Rundschau

Franz Scheffel 25 Jahre Verbandsvorsitzender. Der Vorsitzende des Einheitsverbandes Deutscher Eisenbahner, Franz Scheffel, begeht am 16. April sein 25jähriges Jubiläum als Verbandsvorsitzender. Am 16. April 1906 wurde Scheffel als Vorsitzender des Zentralverbandes der Maschinen- und Heizer gewählt. Scheffel ist einer der wenigen, die aus dem Betriebsbereich heraus zu der höchsten Stelle innerhalb einer gewerkschaftlichen Organisation überwechseln konnten. Die emsige Tätigkeit des Jubilars, seine Umsicht und sein korrektes Reizempfinden waren von Erfolg gekrönt und haben ihm Achtung verschafft. Bei seinem Antritt hatte der Verband der Maschinen 11 000 Mitglieder. Im Jahre 1914 waren 26 000 Mitglieder vorhanden. Im Kriege wurde der Eisenbahnerverband gegründet. Scheffel wurde im Frühjahr 1919 als Vorsitzender gewählt. Auch hier hat der Jubilar es verstanden, aus einem unfertigen Geblide einen Nachfaktor ersten Ranges zu schaffen. Somit vermochte er überall die ihm gestellten Aufgaben glänzend zu lösen. Seit 1928 gehört er dem deutschen Reichsparlament an. Wir wünschen, daß der Kollege Scheffel noch recht lange im Dienste der Gewerkschaftsbewegung tätig sein möge.

KPD. gegen Gewerkschaften. Der Haß der Kommunisten gegen die Gewerkschaften kennt keine Grenzen. So haben sie vor kurzem im Pommerischen Provinziallandtag zusammen mit dem Nazi-Führer von Corswant für einen Antrag der Deutschnationalen auf Streichung der Zuschüsse für das soziale Bildungswesen der Gewerkschaften gestimmt; der Antrag wurde mit 41 gegen 31 Stimmen — diese bestanden in der Hauptsache aus den Stimmen der Sozialdemokraten — angenommen. Die Großagrarien qualifizierten diese Judaskat der Kommunisten mit lebhaftem Beifall.

Gegen Rot-Preußen. Der Hüter des wilhelminischen Monarchismus, der Stahlhelm, angeblich Bund der Frontsoldaten, hat gegen Rot-Preußen ein Volksbegehren mit dem Ziel der Auflösung des Preußischen Landtags eingeleitet, um in Preußen die Sozialdemokratie aus der Regierung hinauszudrängen. Wir hätten von dieser Aktion nicht Notiz genommen, da wir wissen, daß unsere Leser vernünftig genug sind und ihren Namen für viel zu gut halten, um ihn unter ein „Volks“begehren von Reaktionsären zu setzen. Interessant ist, was für Personen sich für diesen Kampf gegen den „Marxismus“ einsetzen. Auch Ratholken sehen sich für diesen Unfug mit einem langen Ruf ein, der sich gegen das Zentrum und die „Marxisten“ richtet. Hier einige Namen: Prinz Albrecht von Hohenzollern auf Schloß Ramedy; Freiherr Hermann von Lünigk; Graf Brühl, Niederlausitz; Graf von und zu Bodman, Schloß Bodman am Bodensee. So lösen noch einige Grafen und Freiherren in der Liste einander ab. Alles „bester“ Adel. Auch die alte Armee ist vertreten: General der Artillerie von Callwitz, General der Infanterie von Suttler, Erzengel Bischof-Pascha. Bei der Aktion sehen selbstverständlich auch nicht deutsche Industrielle. Die Scharfmacher der Industrie stellen für das „Volks“begehren

um die Auflösung des Preussischen Landtags Millionen zur Verfügung, um die Agitation der Prinz-Luwi-Partei und der Deutschnationalen bis ins letzte Dorf zu tragen. Preußen ist den Herren ein Dorn im Auge. Dieselben Herren, denen 6 % Lohn- und Gehaltsabbau zu wenig ist, fordern 20 % fordern, fordern ihre Kollegen auf, einen möglichst hohen Betrag für den Preußen-Kampffonds zu stiften. Unter den mit deutschem Gruß Unterzeichnenden befinden sich u. a.: Direktor Gock, Hamburg; Dr. Länger, Berlin-Lichterfelde, Syndikus der Spitzenorganisation der Unternehmer; Dr. Thysen, Mülheim-Ruhr; Dr. von Waldthausen, Essen-Ruhr; Winnacker, Vorstandsmitglied der Vereinigten Stahlwerke, Düsseldorf; Woermann, Hamburg und andere Herren. In ihrem Aufruf heißt es: „Die schicksalsschwere Aufgabe dieses Jahres ist es, dem Marxismus seine letzte starke Schlüsselstellung in Deutschland, seine Machtposition in Preußen zu entreißen, von der aus er, mittelbar oder unmittelbar, auch die Politik des Reiches beherrscht. Das Gelingen dieses Schlages wird über die Möglichkeit entscheiden, in letzter Stunde der versinkenden deutschen Wirtschaft noch Hilfe und Rettung zu bringen.“ Man schaue sich die Unterzeichner und die von ihnen angestrebte Wirtschaft- und Staatspolitik an, und man weiß Bescheid!

Die gemeinwirtschaftlichen Betriebe voran! Die Bücher-Gilde Gutenberg, die sich wegen ihres ausgedehnten literarischen Programms und ihrer vorbildlichen buchhändlerischen Arbeit ein lebhaftes allgemeines Interesse gesichert hat, ist jetzt dazu übergegangen, zusammen mit der für sie arbeitenden Buchdruckwerkstätte und den anderen Abteilungen im Buchdruckerhaus zu Berlin die Vierzigstundenswoche einzuführen. Die neue Arbeitszeit- und Lohnregelung, die den vom Buchdruckerverband gestellten und von den Unternehmern abgelehnten Forderungen entspricht, trat in der Woche nach Ostern in Kraft. Das technische Personal arbeitet fünf Tage in der Woche, das kaufmännische täglich sieben Stunden, Sonnabends fünf. Für die Urlaubszeiten wird der vor Inkrafttreten der neuen Vereinbarung gezahlte volle Wochenlohn gewährt. Dank dieser Regelung werden 25 Neueinstellungen vorgenommen. So ist die von den Gewerkschaften geforderte sozialpolitische Aktion in die Praxis umgesetzt und der Deutschnationalen gezeigt worden, daß die von den Vorführern der privatkapitalistischen Wirtschaft oft geringschätzig behandelten oder gehässig geschmähten gemeinwirtschaftlichen Betriebe imstande sind, auch auf diesem Gebiet bahnbrechend voranzugehen.

Wunder der Technik. Die Ostram Ombh. hat eine Maschine in Betrieb, die Tag und Nacht läuft und in 24 Stunden 50 000 gute Glühbirnenkolben erzeugt, woraus sich eine Jahresleistung von 40 bis 45 Millionen Kolben ergibt. Mit vier Maschinen, die jährlich 200 bis 250 Millionen Kolben herstellen, kann der deutsche Markt vollkommen versorgt werden. Eine riesenhafte Leistung! Leider sind durch diese Maschine viele Tausende von Glasbläsern aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet worden. Wer gibt diesen Menschen neue Beschäftigung oder entschädigt sie?

Gedenktafel verstorbener Mitglieder.

Bielefeld. (Schilbesche.) **H. Kobusch**, Hilfsarb., 70 Jahre.
August Tasche, Hilfsarbeiter, 68 Jahre alt.
 Breslau. **Josef Kliche**, Maurerpolier, 76 Jahre alt.
Oskar Reich, Ofenseher, 67 Jahre alt.
 Chemnitz. **Hermann Nitzschmann**, Maur., 76 Jahre.
 Darmstadt. (Dieburg.) **Friedrich Braun**, Maur., 45 J.
 Dresden. **Emil Großer**, Maurer, 54 Jahre alt.
Josef Lange, Hilfsarbeiter, 63 Jahre alt.
 (Rodaun.) **Gustav Vogel**, Hilfsarbeiter, 74 Jahre.
 Finsterwalde/N.-C. **Hermann Hoppe**, Maur., 57 J.
Karl Beckmann, Maurer, 45 Jahre alt.
 Frankfurt/M. (Offenbach.) **Karl Seibod**, Maur., 53 J.
 Gera. (Röstrig.) **Ernst Mörrer**, Maurer, 39 Jahre alt.
 Görlitz. **Hermann Handrick**, Hilfsarbeiter, 24 Jahre.
Heinrich Hilbrich, Maurer, 77 Jahre alt.
Richard Ritter, Maurer, 57 Jahre alt.
 Goslar. (Wienenburg.) **Hermann Stolte**, Maur., 39 J.
 Hamburg. **Carl Dahse**, Maurer, 63 Jahre alt.
Hermann Eggers, Maurer, 21 Jahre alt.
Franz Felkel, Glaser, 47 Jahre alt.
H. Hemschmeyer, Kammer, 73 Jahre alt.
Fritz Koh, Hilfsarbeiter, 60 Jahre alt.
Heinrich Moll, Bau-Wermeister, 40 Jahre alt.
Theo Furmann, Maurer, 40 Jahre alt.
Heinrich Stülcken, Hilfsarbeiter, 43 Jahre alt.
Carl Tank, Maurer, 75 Jahre alt.
August Wiesenberg, Betonarbeiter, 70 Jahre alt.
 Königsberg/Pr. **Hermann Felchner**, Arbeiter, 59 Jahre.
August Rieß, Maurer, 51 Jahre alt.
 Leipzig. **Josef Linzinger**, Hilfsarbeiter, 49 Jahre alt.
Eiegisch Paul Würfel, Maurer, 60 Jahre alt.
 Magdeburg. (Wolmirstedt.) **Herm. Hillmann**, Arb., 57 J.
 (Barby.) **David Kirchoff**, Maurer, 73 Jahre alt.
 Mainz. (Ulgen.) **August Schumann**, Maurer, 35 Jahre.
 Riesa. (Stauda.) **Franz Hahnfeld**, Maurer, 71 Jahre.
 Rüstingen-Wilhelmshaven. **Joh. Jhmels**, Maurer, 48 J.
 Stuttgart. (Sielmingen a. Fildern.) **W. Huß**, M.-A., 19 J.
 Torgau. (Annaberg.) **Otto Mook**, Hilfsarbeiter, 54 J.
 Wuppertal-Barmen. **Heinrich Asbeck**, Maurer, 49 J.
 Ehre ihrem Andenken!

Bücher u. Schriften

Soziale Bauwirtschaft. Monatlich zwei Hefte. Bezugspreis vierteljährlich 2,25 M. — Die so oft in der Presse und auch in den Parlamenten behauptete Steuerfreiheit der sozialen Baubetriebe wird durch die in Nummer 7 der Sozialen Bauwirtschaft veröffentlichte Steuerstatistik des Verbandes sozialer Baubetriebe für das Jahr 1930 wieder einmal widerlegt. Nach dieser Statistik sind von den sozialen Baubetrieben im Jahre 1930 und 2 1/2 Millionen Mark Steuern gezahlt worden. Für die Jahre 1925 bis 1930 kommt die staatliche Steuerfummel von über 10 Millionen Mark zusammen. Angesichts dieser Zahlen wird nur Besorgnis über die Steuerbegünstigung der sozialen Baubetriebe empfunden können. Die im gleichen Heft abgedruckte Beschäftigten- und Lohnstatistik der im Verband sozialer Baubetriebe vereinigten Betriebe zeigt für den Monat Februar 1931 gegenüber dem gleichen Monat des Jahres 1930 einen Beschäftigtenrückgang von 29,5 % und einen Rückgang der Lohnsummen von 43 %. Der stärkere Rückgang der Lohnsummen ist auf die Einführung der Vierzigstundenswoche bei einem großen Teil der Bauhüttenbetriebe zurückzuführen. Von dem tiefen Ernst, mit der die Bauhüttenbetriebe von den Betriebsleitern aufgefaßt wird, zeugt ein Aufsatz des Geschäftsführers Franz Briel von der Hamburger Bauhütte „Bauwohl“ über die Aufgaben eines Geschäftsführers in den sozialen Baubetrieben. In zwei kürzeren Abhandlungen wird die Unmöglichkeit einer neuartigen werten Bauförderung durch Lohnsenkung nachgewiesen und wertvolle Mitteilungen über die Arbeitslosigkeit im Bauwesen gegeben. Die von wohlhabenderen Bauarbeitern für den Bauhüttenbetriebe durchgeführten Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind im Aufsatz über das Planhaus die Baukosten des Stadterweiterungsbauwerks für das treppenförmige Steigenhaus gegenüber der Bau einer Wohnung von gleicher Wohnfläche kostet im Stadterweiterungsbau 23,81 % mehr als im Planerweiterungsbau.

Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens. In Gemeinschaft mit Anton Erlens, Job. Caffenbach, Reichsarbeitsminister Siegerwald, Albert Thomas vom Internationalen Arbeitsamt und Ministerialrat herausgegeben von Professor Dr. Ludwig Hebe. Wert und Wirtschaft Verlagsgesellschaft, Berlin SW 48, Friedrichstraße 16. Und zu beziehen durch die Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin E 14, Infanteriepl. 6a. — Bei der besonders in billigeren Preisen nach herrschenden wüsten Unwissenheit über das Gewerkschaftswesen darf die Herausgabe eines solchen Handwörterbuchs begrüßt werden. Aber auch Leute, die mit dem Gewerkschaftswesen vertraut sind, werden die Herausgabe des Handwörterbuchs begrüßen. Die zweite Lieferung ist bereits erschienen; so daß jetzt die Stichwörter A—F behandelt sind. Für den Deutschen Bauergewerksbund hat der Leiter unserer literarischen Abteilung, Kollege Rudolf Schieberg, den entsprechenden Beitrag geliefert. Für andere Verbände in der Regel die jeweiligen Sachbearbeiter. Aber das Handwörterbuch beschränkt sich nicht auf Aufsätze über die einzelnen Verbände, sondern es läßt auch zu besonders wichtigen Fragen anerkannte Männer zu Worte kommen, zum Beispiel über den Achtstundentag, worüber Hermann Müller, Schieberg, schreibt; über Anarchismus, schreibt Professor Dr. Robert Michels, über Arbeitervergewaltigung, Präsident des Reichsversicherungsamts Hugo Schäfer, über Arbeitskampfe, Professor Dr. Carl Brubach und so weiter. Es werden also Fragen behandelt, die im Gewerkschaftswesen von großer grundsätzlicher Bedeutung sind. Auch Vertreter der gegnerischen Verbände kommen zum Wort. Es ist zu hoffen, daß das Handwörterbuch ein allseitig informierendes, umfassendes Nachschlagewerk wird.

Die Rebellion des Ingenieurs Kamin. Von Dimitrij Tschetwritsch. Dieser neue Roman aus Sowjetrußland verdient besonderes Interesse; einmal als kritische Schilderung des Militärs der Moskauer Sowjetfunktionäre und angehenden, zum anderen deshalb, weil darin das Eheproblem im neuen Rußland und die Auswirkungen der neuen sowjetischen Ehegesetze lebendig geschildert werden. Die Übersetzung ist von Nina Stein. Einbandentwurf und Epigraphie: Jan Fichtelberg, München. Ganzleinen. Verlag: „Der Bildkreis“ G. m. b. H., Berlin SW 61. Preis 4,50 M.

Das Leben der Marie Sametitz. Josef Maria Franks erfolgreichster Frauenroman (Verlag „Der Bildkreis“ Berlin SW 61, Belle Alliance-Platz 7), der jetzt wenige Wochen vor dem Erscheinen — schon im 16. bis 23. Tausend in Druck gegeben werden mußte, wurde schon vom Verlag Methuen u. Co., London, für die in Kürze schon erscheinende englische Ausgabe, und die Ausgabe für die britischen Dominions erworben. Ferner wurde der Roman erworben für die Ausgabe in den Vereinigten Staaten von Amerika; Verhandlungen über die französische, polnische und spanische Ausgabe sind im Gange. Der Roman, der bei Presse und Publikum wegen der höchst interessanten Darstellung der in der ersten Hälfte nachdenklichen, nicht-idealistischen Gestaltung eines durch den 18. August 1914 verurteilten Frauenlebens unserer Zeit stärkstes Aufsehen erregte, wurde bisher von 74 Zeitungen und Zeitschriften als laufender Roman zum Nachdruck erworben.

Betten

1 1/2 schlüfrig, edelrot, lederticht
 Oberbett 7 Pfd. 15,25, 16,50, 19,25, 22,50, 25,00, 29,50, Unterbett 5 Pfd. 14,50, 15,75, 18,50, 21,25, 24,50, 28,50, Kissen mit 2 1/2 Pfd. 3,95, 4,90, Vollständige Betten 33,70, 37,15, 43,55, 50,65, 57,40, 67,90, Bettfed. Pfd. 1,25, 1,90, 2,40, Halbdaun. „ 3,00, 4,50, 5,50, Daunen „ 8,50, 10,50, 12,50. Preisliste gratis. Umtausch oder Geld zurück. Viele Dankschreiben. Nachnahme-Vers. Bettfabrik **H. Möller**, Kasseler Nr. 43, Münchenerstr. 83.

Maurerhosen - u. 8, - M., Dreidraht 10, - M., Herkules 13, - M. sende nach Maß Hofmeister, Dresden 6, Ritterstr. 2.

Reinste Bezugsquelle!
Neue Gänsefedern
 von der Gans gerupft mit Daunen, dopp. gereinigt, allerbeste Qualität Pfd. 3, - , nur kleine Federn (Halbdaun.) 4,50, 9/10, Daunen 6,25, gereinigte, gerissene Federn mit Daunen 3,50 u. 4,75, hochpr. 5,75, allerf. 7, - . la Volldaunen 9, - u. 10, - . Für reelle, staubfr. Ware Garant. — Versand gegen Nachnahme. ab 5 Pfd. portofrei. Nichtgef. nehme auf meine Kosten zurück. **Willy Manteuffel**, Gänse-mästerei, geg. 1852, **Neutrebbin 5b** (Oderbr.) Aeltestes u. größtes Bettfedern-versandgeschäft des Oderbruchs

Billige böhm. Bettfedern!
 1 Pfund graue, gute, geschlossene 80 P., 1 Mk., halbweiße 1,20 Mk., 1,40 Mk., weiße flaumige, geschl. 1,70 Mk., 2 Mk., 2,50 Mk. 3 Mk.; feinste, geschl. Halbflaum-Herrschafsfedern 4, - , 5, - , 6, - Mk.; 1 Pfund Ruffedern, ungeschl. mit Flaum gemengt, halbweiß 1,75, weiße 2,40, 3, - Mk., allerfeinster Flaumrupf 3,50 Mk., 4,50 Mk. Versand zollfrei gegen Nachnahme, von 10 Pfund an franko. Umtausch gestattet, für Nichtpassendes Geld retour. Muster und Preisl. gratis. **S. Benisch in Prag XII, Amerika ulice Nr. 33, Böhmen.**

Schmale Teakholz Wasservagen
 Das Beste! Garantie für Genauigkeit!
 sämtliche Gläser in Metall gefasst nur geringfügiger Libelle zum Schutz für die Sonne und bessere Ver. LÄNGE: 50 60 70 80 90 100 cm Bei 5 Stück Porzellan verpackt im Pappkarton. PREIS: 2,25 2,50 3,00 3,50 4,00 4,50. Verpackung frei. Sämtliche Werkzeuge für alle Baumundwecker - Kataloge kostenlos.

M. HIESINGER - WERKZEUGFABRIK - NURNBERG
Gummiwaren, hygien. Artikel, Preisl. G. i. rat. „Medicus“ Berlin SW 68, Alte Jacobstr. 8
Heimarbeit Strickmaschinen, Erforderl. ca. 200 M. Käufer wird kosten. angeleitet. Wenden Sie sich in Ihrem Interesse auch an **E. Meyer**, Güterst. 1. W. 601.
Fahrräder, von 36, - Mk. an, Ballonbereifung, 58, - an mit 5 Jahre Garantie. Pracht-katalog gratis. **Wilh. Wellerdelek**, Brackwäde-Bielefeld 35.
Kaukleiden und ihre Heilung. Tausende Dankschreiben über geheilte Zementkrätze, Flechten, Ekzeme, Mitesser, Pickel, Hautjucken. Preis geg. 10 Pfd. (Briefm.) Pfd. 5 M. **Rathaus - Apotheke, Düsseldorf 65.**

100 000 zufriedene u. dankbare Kunden!
Edelton
 Die Spitzenleistung der deutsch. Sprechmaschinen-Industrie Tonwiedergabe in höchster Vollendung Preis ab Fabrik nur 78,- Mk. 1 Jahr Garantie. Feinst. Doppelfederschneckenwerk Ohne Anzahlung 2,- Mark Wochenrate
 Rücksendungsrecht innerh. 8 Tag.
Leo Heinrich Sprechmaschinen-Fabrik „EDELTON“ Berlin N 65, Lynarstr. 5-6 (Weltmark) gr. Auswahl, bequemste jetzt 10% billiger! 1 Zahlweise, Prosp. 60 gratis u. franko.

Teakholz-Wasserwaagen in höchster Vollendung!

Stärke 25x50 bis 60 mm breit
 100 90 80 75 70 60 50 cm Sämtl. Werkzeuge, Bekleidung laut Katalog sofort lieferbar. Vers. geg. Nachn. Von 10 RM. an portofrei. Jede zwölfte Wasserwaage wird gratis geliefert.
Extra Qualität Bielefeld, Zieglersstr.
 4,- 3,85 3,60 3,45 3,35 3,15 2,90RM. **Westermeyer & Co., Zieglersstr.**

Tod oder Zuchthaus

bedroht jede Frau, die die Folgen ihres Verzehrs zu befehlen sucht. Der bekannte Frauenarzt Dr. med. Holländer gibt in seinem Buche „Vorbeugung der Empfängnis und Verhütung der Schwangerschaft“, dazu „Hygiene der Ehe und der Mütterwochen“ von Dr. med. Zitel wertvolle Rat-schläge. Ein für Ehe- und Brautleute unentbehrlicher Ratgeber. Beide Bde. nur 3,80 RM. Schauen Sie die kleine Ausgabe nicht, sie macht sich reich bezahlt. Nur zu beziehen durch den Buchverlag G. M. H. H. H., Hbf. 69 Berlin-Charlottenburg 4, Schließfach

Radikaler Preisabbau!

Andere werden wir bedauern
 durch unseren neuen Katalog, unterbreiten wir Ihnen ein
 Sigmund Gesellschaft Kassel 368

Fritz Ulrich

Altona-Elbe 10 Gustavstr. 58/60
 Berufskleidung Werkzeuge
 Preisliste gratis

Knoblauchsaff

Der nie in Vergessenheit geratene bulgarische
 Das schon vor 3000 Jahren von den Orientvölkern zur Verjüngung, Erhaltung der Gesundheit und Heilung von Krankheiten angewandte Hausmittel, ist auch heute noch das erfolgreichste Naturmittel bei vielen Krankheiten. Er setzt den Blutdruck gewaltig herab und ist deshalb ein ausgezeichnetes Mittel gegen angehende und bestehende Arterienverhärtung, ebenso bei Herzleiden, Gicht, Rheuma, Blähungen, Magen- und Darmleiden, Wärmern, Nieren-, Harn-, Gallen- und Leberleiden, Gicht, Rheuma und Zuckerkrankheit. Wir stellen natürlichen Knoblauchsaff aus wirksamsten Balkanknoblauchwurzeln auf kaltem Wege ohne chem. Zusätze oder Konservierungsmittel, ohne Alkohol und Wasser her. Hierfür also natürlichen Brest-Gaft, wie sie ihn naturlicher von keiner Firma bekommen können, trotzdem sind wir billiger als die meisten anderen Firmen. Flasche nur 2 M. und Porto. Auspackung mit 6 Flaschen 12 M. franco gegen Nachnahme. Knoblauchsaff (pulverisierter Knoblauch in bequem und angenehm einzunehmenden Oblatentafeln) Schachtel 3 M.
Herbaria - Kräuterparadies
 Philippsburg KS 306 (Baden)
 Alle anderen Pflanzen- und Gemüsesäfte ebenfalls lieferbar. Prospekt gratis.

Zuckerkrank?

Teile jedem kostenlos gegen Rückporto mit, wie ich, ohne Diät zu halten, ganz zuckerfrei bleibe. Kein Schwindel, sondern Tatsache.
 Max Friedländer, Fondsmakl., Berlin-Tempelhof 21, Schulenburgstr. 5.
 Diese Herren-Anker-Uhr versilb. m. Gold. u. gutvergoldeter Kavalierk. zusamm. 6,35 M. Diese Uhr mit Nickelk. u. Kapsel 5,35 M. 2 Jahre schriftl. Gar. „Estra“-Uhren, Halle S. 21

Josef Witt, Weiden 54 Oberpfalz.

Größtes Baumwollwebwaren-Spezialversandhaus der Art Europas mit eigenen Webwaren-Fabriken.
 Ueber 2000 Arbeiter und Angestellte.

gibt wie folgt ab:

Nr. 1	Weißes Hemdentuch schwere, gute, sehr haltbare Sorte, für starke Wäschestücke, 80 cm breit, per Meter	-28	Nr. 5	Stuhltuch auch Haustuch genannt, weiß, sehr dicht geschlossene, starke Qualität, für bessere, strapazierb. Bettücher, 150 cm br., p. Mir.	1.15
2	Vorhangstoff sog. Gardinen, mit echt indanthrenfarbigen Streifenmustern 70 cm breit, per Meter	-19	6	Handtücher strapazierbare, haltbare Qualität, weil nicht vollkommen gleichmäßig. Verkauf nach Gewicht per Pfund	1.25
3	Hemdenflanell etwas leichte Gebrauchsware, indanthrenfarbig gestreift 70 cm breit, per Meter	-23	7	Strickwolle garantiert reine Wolle, solide, strapazierbare Qualität, lieferbar in schwarz per Pfund	1.95
4	Hemdenflanell fast unzerreißbare, kräftige strapazierbare Qualität, echt indanthrenfarbig gestreift, 74 cm breit, per Meter	-39			

Diese Preise haben nur solange Gültigkeit, bis ein neues Inserat mit anderen Preisen erscheint.

Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bezw. 10 Pfund. — Versand von Mk. 10.— an; ab Mk. 20.— portofrei.
 Nichtentsprechendes wird auf meine Kosten zurückgenommen und der volle ausgelegte Betrag zurückbezahlt.